

Herausgeber

Journalistenzentrum
DEUTSCHLAND

DPV Deutscher
Presse
Verband

bdfj: bundesvereinigung
der fachjournalisten



Katrin Eigendorf,
ZDF-Auslandsreporterin
und Filmemacherin

Medienfrauen Die weibliche Perspektive

Interview mit der
Grimme-Preis-
Trägerin
Katrin Eigendorf
ab Seite 4



Reporter ohne Grenzen –
Medien in Russland 12

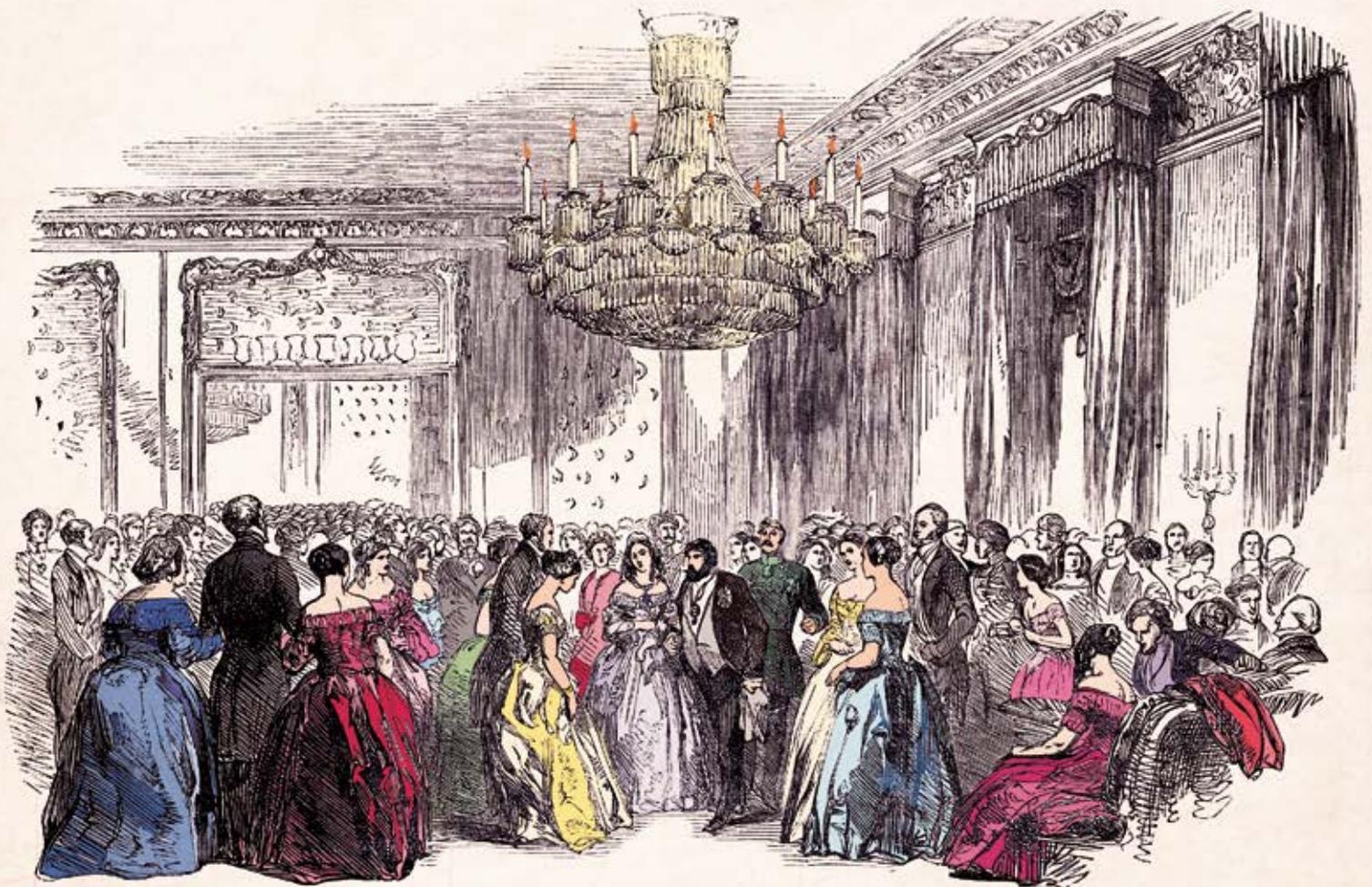
Pressefreiheit in Pakistan –
Platz 157 von 180 18

Propaganda –
Lüge vs. Wahrheit 20

150 JAHRE - DAS JUBILÄUM

PRESSE *Ball* BERLIN

~ TRADITION SEIT 1872 ~



14. JANUAR 2023

GRAND HYATT BERLIN

MARLENE-DIETRICH-PLATZ 2 | 10785 BERLIN

www.presseball.de

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass in der Ukraine immer noch gekämpft wird, haben sich Russlands Machthaber sicherlich anders vorgestellt. Was genau dort passiert, ist angesichts der unklaren Lage schwer einzuschätzen. Auch hochqualifizierte und gut ausgebildete Journalisten können nur schwierig an verlässliche Informationen kommen.

Zu einer solchen gehört sicherlich Katrin Eigendorf. Sie berichtet seit 30 Jahren als Journalistin aus den Brennpunkten dieser Welt und hat dabei immer auch einen Blick auf die Frauen in den Regionen geworfen. Die ZDF-Auslandskorrespondentin wurde sowohl mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs- als auch mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Für das **Journalistenblatt** gab die Ausnahmejournalistin unserer Kollegin Bettina Schellong-Lammel ein Interview. Sie finden es ab Seite 4.

Zurück zum Ukraine-Krieg: Wie stark die Medien in diktatorisch geführten Ländern in ihrer Arbeitsweise eingeschränkt werden, ist hinlänglich bekannt. Auch Russland bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Für den Deutschland-Chef von Reporter ohne Grenzen, Christian Mihr, ist klar, dass die heutigen medialen Repressionswerkzeuge schon vor mehreren Jahren vorbereitet und geschmiedet wurden. Das Interview mit ihm lesen Sie ab Seite 12.

Dass die Pressefreiheit auf der ganzen Welt in Gefahr ist, weiß auch unser Digitalchef und Head of International Relationships, Shams Ul-Haq. Zuletzt besuchte er Pakistan und begleitete den scheidenden deutschen Botschafter Bernhard Schlagheck bei seinem Besuch des Presseclubs in Islamabad. Auf Seite 18 finden Sie seinen Bericht.

Was erfahren Sie noch im Heft? Doc Baumann setzt sich neben seinen Tipps im Umgang mit Photoshop (S. 28 ff) mit der Propaganda, der Lüge und der Wahrheit auseinander (S. 20 ff), Albrecht Ude führt die Werbung im Netz ad absurdum (S. 36 ff) und Gunter Becker beschreibt die innovative Form des Satellitenjournalismus (S. 26 ff). Darüber hinaus warten unsere Experten Olaf Kretzschmar mit frischen Rechtstipps (S. 34 ff) und Walther Bruckschen mit neuen Ideen zur Finanzierung einer Existenzgründung auf (S. 32 ff). Andrew Weber wiederum stellt Ihnen eine neue Kommunikationsplattform vor. Mastodon will Twitter und Co. den Kampf ansagen (S. 30 ff).

Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.
Ihre Redaktion des **Journalistenblatt**



www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 Frauen sind immer noch nicht gleichberechtigt

Seit fast 30 Jahren berichtet Katrin Eigendorf als Auslandsjournalistin, dabei ließ sie kaum einen Brennpunkt in der Welt aus: Ob Irak, Libanon, Ägypten oder Afghanistan – sie war vor Ort. Das **Journalistenblatt** hat sie zum Interview getroffen

11 PressCreditCard – Weltweite Vorteile zum Nulltarif

11 Impressum

12 Keine unabhängigen Medien mehr in Russland

„Reporter ohne Grenzen“ kämpft gegen Zensur und restriktive Mediengesetze. Ihr Geschäftsführer Christian Mihr spricht im Interview mit dem **Journalistenblatt** über seine Arbeit

17 Hetzjagd auf kritische Journalisten in Russland

Die russischen Behörden nutzen Verhaftungen und Razzien, um Medienschaffende zu schikanieren. Christian Mihr fordert die Aufhebung der Zensur-Gesetze

18 Pressefreiheit in Pakistan

Es ist nicht gut bestellt um die Medien-Freiheit in Pakistan. In der „Rangliste der Pressefreiheit“ erreichte das Land nur Platz 157 von 180

20 Propaganda, Lüge, Wahrheit

Propaganda spielt vor allem in Kriegszeiten eine wichtige Rolle. Man fällt darauf herein, begegnet ihr kritisch, glaubt gar nichts mehr ... oder merkt nicht, dass sie einen längst im Griff hat

26 Satellitenjournalismus: Recherchen aus dem All

Dass Journalisten ihre Recherchen auf Satellitenmaterial aufbauen, ist nicht neu. Infolge des Ukraine-Kriegs könnte satellite journalism aber zu einer Mainstream-Anwendung werden

28 Photoshop-Sprechstunde

Wie lässt sich bei „Lichttechnik“ nachhelfen und lassen sich Fassaden realistisch nachträglich illuminieren? Antworten gibt der Photoshop-Experte Doc Baumann

30 Im Trend: Tröten statt Zwitschern

Ob Elon Musk der oberste Zwitscherer wird oder nicht – es gibt Alternativen: Schon mal von Mastodon gehört?

32 Richtig finanzieren für Gründer

Wer sich als Medienschaffender auf eigene Beine stellen will, braucht unter Umständen etwas Startkapital

34 Mein gutes Recht im Journalismus – Teil 1

Der Abgabetermin für einen Beitrag rückt näher, und noch immer liegt die Akkreditierung zu einer Pressekonferenz nicht vor. Behörden beantworten Anfragen nicht und Informanten bekommen Post von der Staatsanwaltschaft

36 Werbung im Netz ad absurdum geführt

Online-Werbung – System außer Kontrolle. Mit weitreichenden Folgen für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik

39 Engagement – RückBLLENDE

Titelbild: Bernd Lammel

Frauen

sind weltweit, auch in Europa, immer noch nicht gleichberechtigt

Seit fast 30 Jahren berichtet Katrin Eigendorf als Auslandsjournalistin. Nach einem Start in Paris ging es nach Russland, danach ließ sie kaum einen Brennpunkt in der Welt aus: Ob Irak, Libanon, Ägypten, Türkei oder Afghanistan – sie war vor Ort. In den knapp drei Jahrzehnten als Journalistin hat sie nicht nur viele Frauen getroffen, deren Geschichten sie berührt haben, sondern auch mutige Journalistinnen, die ihren Beruf nur unter großen Gefahren ausüben können. Im September führte sie ein Exklusiv-Interview mit Zabihullah Mujahid, dem Sprecher der Taliban. Das Journalistenblatt traf sie zum Interview.

? Katrin Eigendorf, Sie haben Journalistik in Dortmund und in Paris am Institut Français de Presse studiert. War es immer Ihr Traumjob, Journalistin zu werden und aus dem Ausland zu berichten?

! Als ich den Entschluss gefasst habe, dass ich Journalistin werden möchte, ging ich noch zur Schule und war vielleicht 15 oder 16 Jahre alt. Ich hatte damals natürlich noch keine klar strukturierte Vorstellung von der Arbeit einer Journalistin, ich wusste noch nicht, was genau eine Auslandskorrespondentin macht oder eine Inlandskorrespondentin. Aber schon damals hat mich der Journalismus interessiert, ich wollte die Welt kennenlernen und aus anderen Ländern berichten. Ich war dem Journalismus also schon sehr früh verbunden und habe deshalb Journalistik studiert.

? Nach dem Studium sind Sie im Journalismus ziemlich durchgestartet – Mitarbeit bei *Radio France Internationale* und im Pariser *ARD*-Büro, Auslandsjournalistin in Ländern wie der Ukraine, dem Libanon, Russland, Irak, Israel, Türkei und Afghanistan. Wie wird man für einen solchen Job ausgewählt?

! Ich habe nie darauf gewartet, ausgewählt zu werden, dafür bin ich zu unge-

duldig. Ich habe meine berufliche Entwicklung meist selbst in die Hand genommen. Schon während des Studiums hatte ich beschlossen: Ich warte nicht in Dortmund darauf, irgendwann mein Diplom zu empfangen. Ich wollte raus, die Welt kennenlernen. Nach dem Grundstudium und dem Volontariat fasste ich den Entschluss: Ich gehe auf eigene Faust nach Paris.

? Sie sind nach Paris gegangen, ohne eine Ahnung davon zu haben, wo Sie arbeiten könnten?

! Ja. Ich konnte nicht einmal besonders gut Französisch – außer Schulfranzösisch.

Die Tatsache Frau zu sein, ist global immer noch der größte diskriminierende Faktor. Weder Hautfarbe noch Religion noch ethnische Zugehörigkeit sind ein so diskriminierender Faktor wie das Geschlecht. Und das ist eine weltweite Realität, mit der auch wir konfrontiert sind.

Ich lernte erst in Paris richtig Französisch, habe am Institut Français de Presse studiert und war gleichzeitig auf der Suche nach einem Job. Mein großes Glück war, dass Ulrich Wickert Korrespondent in Paris war. Den habe ich angerufen und gefragt: „Haben Sie einen Job für mich?“

? Und er hatte einen Job für Sie?

! Ja, hatte er, und so blieb ich einige Jahre in Paris. Eigentlich ist es in meiner journalistischen Laufbahn immer ähnlich gewesen. Ich habe nie darauf gewartet, dass mir jemand einen Job anbietet, sondern ich habe mir die interessanten Jobs immer selber organisiert. Mir war schon früh klar, dass man als Frau nicht darauf warten kann, einen Job angeboten zu bekommen. Ich bin deshalb auch selbstständig nach Russland gegangen, weil ich das Land spannend fand.

? War Russland Ihr erstes Jahr nach Frankreich?

! Nicht sofort. Als Ulrich Wickert von Paris nach Hamburg ging, fragte er mich, ob ich mit ihm zu den Tagesthemen gehe, und ich stimmte zu. Ich stellte allerdings sehr schnell fest, dass es nicht mein Ding war, in einer Redaktion zu sitzen und darauf zu warten, dass ein Chefredakteur irgendwann einmal sagt: Die darf ins Ausland. Als ich meinen Mann kennenlernte, der auch



Katrin Eigendorf,
ZDF-Auslandsreporterin
und Filmemacherin

Foto: Bernd Lammel

Journalist ist, haben wir relativ schnell entschieden, dass wir jetzt mal etwas wirklich Spannendes machen wollen ...

❓ ... und Sie haben entschieden, nach Russland zu gehen?

❗ Wir wollten eigentlich nach Argentinien, weil seine Mutter in Argentinien aufgewachsen ist. Das klappte aber nicht, und so entschieden wir uns für Russland, denn Russland war Anfang der 1990er-Jahre mitten im Umbruch und wahnsinnig spannend. Wenn man es rückblickend betrachtet, war es sogar etwas verrückt.

❓ Sie sind als freie Journalisten nach Russland gegangen? Das war nicht nur verrückt, sondern auch mutig.

❗ Stimmt, zumal wir gerade einmal so viel Geld hatten, um in Moskau eine Wohnung zu mieten und ein Faxgerät zu kaufen. Es hat allerdings nicht sehr lange gedauert, da hatten wir so viele Abnehmer unserer Themen und Geschichten aus Russland, dass wir uns vor Anfragen aus Deutschland nicht retten konnten.

❓ War die Berichterstattung aus Russland zu dieser Zeit nicht auch anstrengend?

❗ Es war vor allem sehr mühsam. Man konnte Texte nicht einfach per E-Mail schicken, sondern musste sie über russische

Leitungen faxen, was oft eine Katastrophe war. Aus heutigem Blickwinkel war es eine abenteuerliche Zeit, aber wir haben damals in der Berichterstattung aus Russland gezeigt: Wir können das! Und das war eine tolle Erfahrung. Kurze Zeit später bekamen wir beide parallel ein Jobangebot. Mein Mann als Wirtschaftskorrespondent für die Zeit und ich für RTL, und diese Jobs haben wir angenommen.

❓ Wie lange sind Sie als Korrespondenten in Russland geblieben?

❗ Ab 1993 haben wir sechs Jahre in Moskau gelebt und von dort die Regionen bereist und berichtet.

❓ Kannten Sie den kürzlich verstorbenen Vollblutjournalisten Gerd Ruge?

❗ Natürlich. Gerd Ruge war für mich ein großes Vorbild. Er war ein Mensch, der alle guten Tugenden eines Journalisten noch gelebt hat: Zuhören und hinsehen, statt urteilen, den Zuschauer oder Zuhörer nicht belehren, sondern das abbilden, was passiert im Land. Seine Einschätzungen waren immer klug und nah an der Wirklichkeit. Mich hat er schon als Studentin 1991 total beeindruckt. Damals überlegte die Welt: Müssen wir mit den Putschisten in Moskau kooperieren? Manche Journalisten hatten schon auf dem Schirm zu sa-

gen: Das ist *Fait accompli*. Aber Gerd Ruge hat ganz klar gesagt: „Nein, ich war gerade auf der Straße und habe mit Menschen gesprochen, und das ist nicht mein Eindruck.“ Gerd Ruge hat mit den Leuten geredet, er hatte ein Gefühl für Menschen und saß nicht nur in seinem Büro und hat Kopfgeburten kreiert.

❓ 1999 sind Sie zum ZDF gegangen. Warum?

❗ Weil ich erstens die Möglichkeit bekam, als Auslandsreporterin zu arbeiten, und die Welt kennenzulernen immer mein Wunsch war. Zweitens wollten wir zurück nach Deutschland. Auch wegen unserer Kinder, die 1994 und 1995 geboren sind. Auch wurde es in Moskau zunehmend unangenehm und gefährlich, weil mein Mann viel über Korruption recherchiert und geschrieben hat. Deshalb haben wir entschieden, zurück nach Deutschland zu gehen.

❓ Dann haben Sie beim ZDF angedockt.

❗ Genau. Ich wollte eigentlich schon in Moskau zum ZDF wechseln. Das hat nicht funktioniert, weil das ZDF nicht zwei Frauen in einem Studio wollte. Der damalige Chefredakteur sagte mir aber: „Wenn Sie nach Deutschland zurückkommen, melden Sie sich bei mir.“

❓ Und das haben Sie getan? ▶

► **!** Ja. Es kam zu einem Gespräch und ich wurde gefragt, in welchem Bereich ich arbeiten möchte, und ich sagte: „Außenpolitik. Innenpolitik interessiert mich nicht.“ Er hat es dann möglich gemacht, dass ich einen Job in der Außenpolitik bekam.

? Als Auslandskorrespondentin?

! Nein, als Reporterin und Redakteurin in der Außenpolitik des ZDF.

? Aus welchem Land haben Sie zuerst berichtet?

! Aus Russland. Dort fanden im Jahr 2000 Wahlen statt, und ich habe sehr viel über Putin recherchiert und berichtet und viele Hintergrundberichte zur Entwicklung in Russland gemacht. Es war mein erster großer Einsatz für das ZDF, und es war gut für mich und für den Sender, denn in der Redaktion gab es damals niemanden, der gut Russisch sprach.

? Das war für Sie eine großartige Chance, international einzusteigen ...

! ... absolut. Damit habe ich mir ein gewisses Fundament erarbeitet und wurde danach in andere Länder geschickt. Nach Russland ging ich nach Israel, und dann entdeckte ich den Nahen Osten als mein Gebiet – Libanon, Ägypten, den Irak, viele andere arabische Länder und schließlich auch Afghanistan.

? Viele Menschen in Deutschland stellen sich bei diesen Ländern die Frage: Wie kann man sich als Frau in archaischen Ländern, wo Frauen grundsätzlich weniger Rechte haben, als Journalistin durchsetzen? Ist das problematisch?

! Nein, so habe ich das selbst nicht erlebt. Ich hatte nie ein Problem, als Journalistin in einem islamischen Land zu arbeiten. Das lässt sich wahrscheinlich auch dadurch erklären, dass Politiker in Machtpositionen ausländische Journalistinnen gar nicht als Frauen sehen, sondern sie sehen uns in unserer Funktion als Journalisten. Die Tatsache, dass Frauen weniger Rechte haben, nicht aus dem Haus gehen dürfen, sich verschleiern müssen, das gilt für die eigenen Frauen, aber wir sind ja nicht deren Frauen. Wenn ich mich also als Journalistin exponiere, in fremde Länder reise oder mit fremden Männern rede, beleidigt das in den Augen konservativer Muslime ja die Ehre meines Mannes, nicht die Ehre des Politikers, mit dem ich ein Interview führe.

In den fast 30 Jahren, in denen ich als Reporterin arbeite, hatte ich in keinem konservativen islamischen Land ein Problem mit Politikern Interviews zu führen – solange man sich an gewisse Standards hält. Natür-

Wir können von den Frauen Afghanistans lernen, wie wichtig es ist, für etwas einzustehen. Ich bin davon überzeugt, dass die Qualität einer Gesellschaft wesentlich davon abhängt, welche Rolle Frauen in ihr spielen.

lich gehe ich nicht ohne Kopftuch zu einem Interview mit dem Taliban-Pressesprecher. Das würde dieser als Provokation empfinden – und ich möchte ja das Gespräch.

? Gab es Erfahrungen, die Sie als Journalistin in Ländern des Nahen Ostens gemacht haben, die Sie negativ in Erinnerung haben?

! Probleme gab es in Israel mit orthodoxen jüdischen Siedlern – denn die reden grundsätzlich nicht mit Frauen und schon gar nicht mit Journalistinnen. Als ich das erste Mal in Israel war, habe ich versucht, bei einer Straßenumfrage chassidische Männer anzusprechen, aber die blickten förmlich durch mich hindurch und reagierten überhaupt nicht.

? Es gibt ja auch in Ländern wie Afghanistan oder Irak Journalistinnen – wie kommen Sie mit ihnen ins Gespräch? Gibt es Abwehr oder Zuspruch? Haben die Frauen Angst, mit westlichen Journalistinnen in Kontakt zu treten?

! Was für mich gilt, gilt in vielen autoritären Staaten nicht für inländische Journalistinnen. Ich genieße das Privileg einer westlichen weißen Frau in Afghanistan. Journalistinnen haben dort immer unter besonderem Druck gestanden – und ich glaube, es dauert nicht mehr lange, dann wird es für Frauen kaum noch möglich sein, journalistisch zu arbeiten. Wir sehen jetzt schon starke Einschränkungen und Repressalien, zum Beispiel werden Frauen auf Pressekonferenzen der Taliban einfach übergangen.

? Für welche Medien berichten afghanische Journalistinnen beziehungsweise für wen haben sie berichtet? Für private Anbieter im Internet?

! Ich habe Kontakt zu einer Journalistin, die für einen afghanischen Frauensender gearbeitet hat, der jetzt abgeschaltet ist, weil er nicht mehr finanziert werden kann und weil alle gegangen sind. Mit Zahra Nabi, so heißt die Journalistin, habe ich ei-

nige Beiträge gemacht, und ich stehe mit ihr permanent in Kontakt. Sie hat mir gerade geschrieben, dass die Taliban in ihr Büro gekommen sind und ihr zwei Tage Zeit gegeben haben, es zu räumen. Zahra arbeitet auf eigene Faust weiter und kooperiert teilweise mit ausländischen Journalisten, weil sie sonst kein Geld verdienen kann.

Es gibt noch einige andere Journalistinnen, mit denen ich Kontakt habe, zum Beispiel von *TOLONews*, dem größten unabhängigen Fernsehsender in Afghanistan. Der erlebt natürlich jetzt auch extreme Einschränkungen, außerdem haben ganz viele Journalisten und Journalistinnen das Land verlassen. Für die Journalistinnen, die noch dort sind, ist es extrem schwierig zu arbeiten, denn als Frauen können sie sich nicht frei bewegen und nicht alleine durchs Land reisen.

Das ist alles nur eine Momentaufnahme, von der ich jetzt sprechen kann. Ich weiß nicht, welche Entwicklungen es nimmt, aber es wird sicher keine positive Entwicklung für afghanische Journalistinnen geben. Sie arbeiten in einem Land, in dem die Regierung will, dass Frauen aus der Öffentlichkeit verschwinden. Das, was für afghanische Frauen gilt, gilt natürlich noch viel mehr für afghanische Journalistinnen, weil die sich für Gleichberechtigung einsetzen, für eine freie, offene Gesellschaft, und damit sind sie in größter Gefahr.

? Wie haben Sie den Abzug der Alliierten in Kabul erlebt?

! Sehr unorganisiert und sehr chaotisch.

? Hatten Sie Angst um Ihr Leben?

! Nein, ich hatte keine Angst um mein Leben, aber um die Sicherheit unserer afghanischen Mitarbeiter. Die Taliban waren während des Abzugs vorsichtig mit westlichen Journalisten – vor allem mit Journalistinnen. Wir kennen ja alle die Berichte der Kolleginnen – vor allem die grandiosen Berichte von Clarissa Ward von *CNN* – die sehr präsent auf dem Sender waren und mitten im Chaos standen und berichtet haben. Aber in solchen Situationen kann man nie sicher wissen, was passiert.

? Man kann zwischen die Fronten geraten?

! Das ist immer möglich. In jedem Krisengebiet, überall, wo es Auflösungserscheinungen gibt, wo Terroristen an die Macht kommen, können Situationen gefährlich werden. Gefahren gehen nicht unbedingt nur von Regierungen, also in diesem Fall von den Taliban aus. Gefährlich kann es auch werden, wenn diejenigen durchdrehen, die in westlichen Vertretern ►



20 Jahre Krieg gegen den Terror haben
hunderttausende Menschen das Leben ge-
kostet. Im August zogen die NATO-Truppen
ab, zurück blieb ein Land im Chaos.
Foto aus der Doku „Ghosts of Afghanistan –
Die Macht der Taliban“ – verfügbar in der
ZDF-Mediathek Foto: ZDF/Hugo Vassal



Anhänger der Taliban in den Straßen von Kabul

Foto aus „Ghosts of Afghanistan – Die Macht der Taliban“ – ZDF/Gala Film



20 Jahre Krieg haben hundertausende Kinder zu Waisen gemacht

Foto aus „Ghosts of Afghanistan – Die Macht der Taliban“ – ZDF/Jordan Bryon



Mazar e Sharif: In einer Mädchenschule mit der deutschen GIZ-Mitarbeiterin Christiane Althoff, 2010

Foto: Michael Pohl



Katrin Eigendorf beim Exklusiv-Interview mit Zabihullah Mujahid, dem Sprecher der Taliban

Foto: Jerg Christ

► Feinde sehen und meinen, sie hätten einen „Freifahrtschein“. Ich habe das zum Beispiel in Ägypten erlebt 2011 während des arabischen Frühlings und 2013 beim Sturz der Muslimbruderschaft. Da wurde es vor allem für westliche Journalistinnen sehr gefährlich. Ich selber habe mich damals nicht auf den Tahrir Platz gewagt, dort wurden einige Journalistinnen sogar vergewaltigt.

❗ Sie haben am 3. September 2021 mit Zabihullah Mujahid, dem Sprecher der Taliban, ein exklusives Interview geführt. Wie kam es dazu?

! Ich arbeite mit einem sehr guten Produzent in Afghanistan zusammen, Nesar Fayzi. Er hatte schon Anfang des Jahres befürchtet, dass die Taliban die Macht übernehmen werden. Mit ihm habe ich im Frühjahr eine Reportage über den Alltag in der Provinz Wardak gemacht. Er hatte organisiert, dass wir drei Tage in Dörfern drehen durften, wo die Taliban die Macht schon längere Zeit übernommen hatten. Frühzeitig stellte er einen Kontakt her und zeigte den Taliban unsere Filme über Afghanistan – die waren allerdings nicht immer glücklich mit dem, was wir berichtet haben, aber ich versuche immer, die Realität abzubilden.

Bereits im Juni hatte ich mit Zabihullah Mujahid ein langes Skype-Interview ge-

führt, damals hat er sich noch nicht in der Öffentlichkeit gezeigt. Er war lange ein Mysterium, und viele fragten sich, ob es ihn überhaupt gibt. Dieses Interview habe ich online veröffentlicht. Ende August, als die Taliban die Macht schon übernommen hatten, stellte ich erneut eine Interviewanfrage, und er hat spontan zugesagt.

❗ Das Interview fand große Beachtung. Man hatte den Eindruck, dass da ein Mann spricht, der den Menschen im Westen sagen will: Ihr braucht keine Angst zu haben. Wollte er „gutes Wetter“ machen gegenüber Deutschland?

! Ich denke, die Taliban wissen natürlich sehr genau, dass sie mit konfrontativer Politik nicht weiterkommen – also diejenigen, die auf internationale Kooperation setzen, und zu denen gehört Zabihullah Mujahid. Man muss bei den Taliban immer den

Was für mich gilt, gilt in vielen autoritären Staaten nicht für inländische Journalistinnen. Ich genieße das Privileg einer westlichen weißen Frau in Afghanistan.

Nebensatz mithören. Wenn sie zum Beispiel sagen: Frauen haben alle Rechte in unserem Land, heißt der Nebensatz – so lange sie den Gesetzen der Scharia folgen. Aber was heißt das genau, den Gesetzen der Scharia folgen? Ich denke, wir müssen sie an ihren Taten messen, und ihre Taten sprechen eine eindeutige Sprache: Frauen haben kein Recht mehr auf Selbstbestimmung in diesem Land. Frauen werden im Prinzip entmenschlicht.

❗ Mädchen dürfen nicht zur Schule gehen ...

! Mädchen dürfen ab einem gewissen Alter nicht mehr zur Schule gehen. Afghanistan steuert wieder auf Zustände der 1990er-Jahre zu. Die Taliban haben sich natürlich verändert, es ist eine neue Generation. Die haben inzwischen auch verstanden, wie sie Social Media nutzen und dass es nicht klug ist, nur auf Konfrontation zu gehen. Und sie haben verstanden, dass sie internationale Hilfsorganisationen brauchen. Aber die Ideologie dieser Männer hat sich nicht verändert, und diese Ideologie ist zutiefst frauenfeindlich. Es ist eine Mischung aus einer sehr eigenen konservativen Interpretation des Islam, gemischt mit paschtunischen Traditionen. Aber eines der Grundprinzipien ist die Entrechtung von Frauen.

Katrin Eigendorf beim Interview in der Journalistenblatt-Redaktion

Foto: Bernd Lammel

? Es ist die Macht von Männern über Frauen.

! In Afghanistan berufen sich die Taliban auf den Islam, wenn es darum geht, Frauen zu entrechteten. Aber das erleben wir auch in anderen Weltreligionen, dass religiöse Führer Frauen als nicht gleichberechtigt sehen. Das gilt für das konservative Judentum genauso wie ...

? ... für den Katholizismus.

! Richtig, auch im Katholizismus sind Frauen nicht gleichberechtigt. In Afghanistan haben wir es zudem mit einem Land zu tun, das sehr durch nomadische Traditionen geprägt ist, in dem der Staat eigentlich nie eine wichtige Rolle gespielt hat. In den Dörfern spielt die Frage der Verteidigung des eigenen Hofes und der eigenen Familie eine ganz zentrale Rolle. Und so, wie man als Familienoberhaupt seine Kühe verteidigt, so verteidigt man auch seine Frauen als seinen Besitz. Dieses archaische Prinzip haben die Taliban verbunden mit ihrer Interpretation des Islam und dem, was man Paschtunwali nennt – eine paschtunische, sehr archaische Tradition. Der Staat hat es nie geschafft, die Rolle der ordnenden Instanz zu übernehmen, der man vertrauen kann. Wir hatten es auch in den vergangenen 20 Jahren in Afghanistan nicht mit einem funktionierenden Staat zu tun.

Ich würde aber nicht mit dem Finger nur auf Afghanistan zeigen wollen. Frauen sind weltweit, auch in Europa, immer noch nicht gleichberechtigt. Wir sollten auch in Europa die Frage stellen: Warum wird nicht zugelassen, dass Frauen auf gleichem Level wie Männer sind? Warum werden Frauen in bestimmte Positionen gedrängt? Es lässt sich jetzt schwer vergleichen, aber die Tatsache Frau zu sein, ist global immer noch der größte diskriminierende Faktor – vor allem anderen. Weder Hautfarbe noch Religion, noch ethnische Zugehörigkeit sind ein so diskriminierender Faktor wie das Geschlecht. Und das ist eine weltweite Realität, mit der auch wir konfrontiert sind.

? Wir wissen, wie schwer es Frauen auch in Deutschland haben, in Spitzenpositionen zu kommen. In der ARD gibt es nur drei Intendantinnen, im ZDF sind die Positionen des Chefredakteurs und des Intendanten mit Männern besetzt. In den Chefetagen der Verlagshäuser sind die Spitzenpositionen mehrheitlich mit Männern besetzt. Brauchen wir mehr Frauenförderung, damit die vielen gut ausgebildeten und qualifizierten Frauen endlich Spitzenpositionen bekommen?

! Ich glaube nicht, dass wir Frauen eine spezielle Förderung brauchen. Wir sind gut

genug. Es muss nur endlich gleiche Chancen geben. Für mich war es in meiner beruflichen Laufbahn mehr als einmal ein Nachteil, eine Frau zu sein – und Mutter zu sein, war ein noch größerer Nachteil. Und das gilt nicht nur für das ZDF, es gilt für alle Arbeitgeber, die ich hatte. Es gilt nicht für einzelne Chefs oder Sender, sondern es ist eine systemische Frage.

? Die Entschuldigung, weshalb Frauen mit Kindern einen Spitzenjob nicht bekommen, lautet ja häufig: Sie sind Mutter, müssen Sie sich nicht um die Kinder kümmern? Einem Mann würde man eine solche Frage nicht stellen!

! Richtig. Das Bewusstsein muss in der Breite schneller wachsen, denn Diskriminierung gegenüber Frauen wird nicht nur von Männern ausgeübt, sondern auch von Frauen. Ich habe Diskriminierungen auch von weiblichen Chefs erlebt, die mich gefragt haben: „Wie kannst du als Mutter von zwei Kindern arbeiten? Wie kannst du als Mutter von zwei Kindern in ein Krisengebiet fahren?“

? Klingt so, als wären wir im Jahr 1950 stehengeblieben. Man könnte annehmen, solche Argumente hätten wir 2021 überwunden!

! Nein, wir haben es nicht überwunden. Die verpassten Chancen der Gleichberech- ▶



Ostukraine: An der Absturzstelle der MH17 – ein Jahr nach dem Absturz im Jahr 2015



Ukraine 2015



Mariupol, Ukraine 2014

Foto: Marko Lakomy



Nabulus in den palästinensischen Autonomiegebieten 2018

Foto: Ahmad Mashal

► tigung und die verpassten Chancen der Diversität sind für mich ein Komplex, der zusammengehört, auch im Journalismus.

❓ Sie sind nicht für die Quote?

❗ Ich bin für Quote, weil ich glaube, wir kommen anders nicht weiter. Es geht darum, dass alle wirklich gleichberechtigt sind und dass es keine Rolle spielt, ob ich Frau bin, ob ich schwul bin oder ob ich einen Migrationshintergrund habe.

Die Lippenbekenntnisse unserer Chefs in dieser Frage haben mit meiner Berufsrealität überhaupt nichts gemein. Die Lippenbekenntnisse, dass mehr Frauen eingesetzt werden, die Lippenbekenntnisse, dass man sehr wohl auf dem Schirm hat, dass man diverse Teams aufstellen muss, ich sehe nicht, dass die umgesetzt werden.

Zu meinem Team gehört normalerweise ein Producer, der immer mitfährt, ein Kameramann, ein Cutter – also drei Männer. Manchmal, wenn wir zum Beispiel in einem wirklichen Kriegsgebiet wie der Ukraine unterwegs sind, haben wir noch Security dabei – auch immer Männer. Ich habe es teilweise mit einem Sieben-Mann-Team zu tun gehabt.

❓ Sie haben den Eindruck, es geht nicht vorwärts?

❗ Nein, es geht nicht vorwärts, es stagniert. Das Thema ist leider sehr komplex. Es

bewegt sich auf der privaten Ebene, auf der gesellschaftlichen Ebene und auf der beruflichen Ebene, und Frauen lassen sich auf der einen oder anderen Ebene oder auf allen drei Ebenen viel zu viel gefallen. Vielleicht auch, weil sie so erzogen wurden. Erzogen im Bewusstsein, man muss nicht wirklich die Verantwortung übernehmen. Es gibt ja immer noch die Wahl einen Mann zu finden, der die Verantwortung übernimmt. Das ist drin, das löst man nicht von heute auf morgen auf.

❓ Klingt düster. Gibt es auch etwas Hoffnung?

❗ Ja, ich erlebe inzwischen junge Männer, aber auch Frauen, die mir Grund zur Hoffnung geben. Zum Beispiel bin ich Mitglied in einem Netzwerk von Deutschen und Israelis, „German-Israeli-Young Leaders“. Bei einer unserer letzten Podiumsdiskussionen ist ein junger Mann aufgestanden und hat gesagt: „Es kann doch nicht sein, dass das Panel heute mit sechs Männern besetzt ist und nur einer Frau! Wir dürfen so etwas nicht mehr zulassen. Es sollte grundsätzlich so sein, dass jeder Mann, der auf ein Panel eingeladen wird, das nicht paritätisch besetzt ist, seine Teilnahme absagt.“ Wir haben uns anschließend in der Stiftung zusammgefunden und beschlossen: Wir wollen es zu unserem Prinzip machen, dass

jeder Mann, der auf ein nicht-diverses Panel eingeladen wird, seine Teilnahme ablehnt und alternativ eine Frau vorschlägt. Es war mehrheitlich nicht durchsetzbar.

❓ Was ist Ihr nächster Einsatz, das nächste Land, aus dem Sie berichten?

❗ Ich gehe im November nach Afghanistan, denn ich glaube, Afghanistan wird mich noch lange beschäftigen. Wir können von den vielen mutigen Frauen Afghanistans, die für ihre Rechte eintreten, noch viel lernen. Frauen und besonders Journalistinnen in Afghanistan riskieren ihr Leben, nur weil sie ihren Job machen. Ich riskiere nicht mein Leben, wenn ich meinem Chefredakteur sage: „Es ist nicht okay, wie hier etwas läuft.“ Ich riskiere nicht mal meinen Job. Wir können also von den Frauen Afghanistans lernen, wie wichtig es ist, für etwas einzustehen. Ich bin davon überzeugt, dass die Qualität einer Gesellschaft wesentlich davon abhängt, welche Rolle Frauen in ihr spielen. ■

Das Interview führte Bettina Schellong-Lammel

Katrin Eigendorf erhielt 2021 den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für ihre Krisenberichterstattung sowie 2022 den Grimme-Preis für ihre Reportagen zur Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan.

PressCreditCard

Weltweite Vorteile zum Nulltarif

Die Mitgliedschaft in einem der beiden Berufsverbände DPV oder bdfj beinhaltet einen großen Vorteil: die exklusive und kostenfreie PressCreditCard. Die gebührenfreie Mastercard Gold ist ausschließlich für die Journalisten des DPV, der bdfj sowie deren Lebenspartner erhältlich.

Der mobilen Berufsgruppe der Journalisten bieten sich dadurch zahlreiche Vorteile. Für die Karte wird dauerhaft keine Jahresgebühr erhoben, beim Einsatz im Ausland keine Auslandsgebühr (weltweit, nicht nur in Euro-Ländern). Bargeldabhebungen werden tagesgenau abgerechnet, und man kann sogar ein zinsfreies Zahlungsziel für Einkäufe bis zu sieben Wochen vereinbaren.

Für die Rückzahlung können sowohl das Lastschrift- als auch das Überweisungs-

verfahren gewählt werden. Dabei werden alle Transaktionen 1:1 auf der Rechnung aufgeführt. Die Karte verfügt über die kontaktlose Bezahlung (NFC = Near Field Chip) und kann auch bei Apple Pay eingesetzt werden. Eine kostenlose Reiseversicherung ist ebenfalls im Leistungsumfang der Verbandskreditkarte enthalten.

Die Verbandskreditkarte wird an 35 Millionen Akzeptanzstellen sowie zwei Millionen Bankautomaten und -schaltern weltweit akzeptiert. Darüber hinaus bieten zahlreiche Partner Rabatte bei Mietwagen, beim Neuwagenkauf und bei Reisebuchungen, wenn hierfür die PressCreditCard eingesetzt wird.



Musteransicht der Karte

Die verbandseigene Kreditkarte kann sowohl im Internet als auch auf herkömmlichem Weg per Post beantragt werden. Unter www.presscreditcard.de sind alle Informationen und Bestellwege noch einmal übersichtlich dargestellt. ■■

IMPRESSUM

Herausgeber

Journalistenzentrum Deutschland
Trägerverbände sind der DPV Deutscher Presseverband – Verband für Journalisten sowie die bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten. Der DPV ist die tariffreie Spitzenorganisation der hauptberuflichen Journalisten in Deutschland. Die bdfj ist die größte Interessenvertretung exklusiv für zweitberuflich tätige Journalisten in Deutschland.

Redaktion

Journalistenzentrum Deutschland
Red. [journalistenblatt](http://journalistenblatt.de)
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
www.journalistenblatt.de

Chefredakteur

Christian Laufkötter

Stellv. Chefredakteur

Guido M. Sdrenka

Chefredakteur Digital

Shams Ul-Haq

Ständige redaktionelle Mitarbeiter

Walter Bruckschen, Mirjam Büttner, Martina Haan, Nicole Herrmann, Olaf Kretzschmar, Gabriele Krink,

Christian Zarm. Freie Redakteure sind in ihren jeweiligen Artikeln gekennzeichnet.

Mantelproduktion Verlag

Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Fotos

siehe jeweiliger Bildnachweis.

Mediadaten

Das Medienmagazin [journalistenblatt](http://journalistenblatt.de) veröffentlicht keine gewerblichen Werbeanzeigen.

Erfüllungsort, Gerichtsstand

Hamburg

V.i.S.d.P.

Andreas Christensen

Erscheinungstermine

Das Medienmagazin [journalistenblatt](http://journalistenblatt.de) erscheint jedes Jahr im Februar, Mai, August und November. Bei besonderen Anlässen kann der Erscheinungstermin abweichen.

Bezug/Preis

Der Bezug ist in der Mitgliedschaft von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Adressänderungen sind den Berufsverbänden bitte umgehend mitzuteilen.

Archiv und Nachbestellung

Unter www.journalistenblatt.de sind alle Ausgaben des Medienmagazins archiviert und, wenn nicht vergriffen, für Mitglieder als Print kostenfrei nachbestellbar.



www.journalistenblatt.de

Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden. In diesem Medienmagazin werden die weibliche, die männliche sowie die diverse Form gleichzeitig gemeint, wenn nicht anders gekennzeichnet. Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.



Christian Mihr,
Geschäftsführer von
„Reporter ohne Grenzen“
Foto: Bernd Lammel

Keine unabhängigen Medien mehr in Russland

Seit 37 Jahren dokumentiert „Reporter ohne Grenzen“ Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und informiert die Öffentlichkeit, wenn Journalisten bedroht, misshandelt oder ermordet werden. „Reporter ohne Grenzen“ setzt sich für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Journalisten ein, kämpft gegen Zensur, gegen den Einsatz und Export von Überwachungstechnik sowie gegen restriktive Mediengesetze. Seit zehn Jahren ist Christian Mihr Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“ in Deutschland. Im Interview mit dem Journalistenblatt spricht der Osteuropaexperte unter anderem über seine Arbeit für die Organisation, die Situation der russischen Medien und wie „Reporter ohne Grenzen“ ganz praktische Hilfe leistet.

? Christian Mihr, Sie sind Journalist, Menschenrechtsaktivist, Experte für internationale Medienpolitik, Osteuropaexperte mit besonderem Augenmerk auf Russland und Belarus, und Sie sind Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“. Welche Bezeichnung bevorzugen Sie?

! Ich bin in erster Linie Aktivist für die Pressefreiheit, aber meine Tätigkeit ist und war immer vielfältig. Ich habe früher als Journalist gearbeitet, tue das aber heute nicht mehr, sondern befasse mich mit Medienpolitik, und natürlich setze ich mich für die Menschenrechte ein – überall auf der Welt.

? Sie haben sich lange mit Osteuropa beschäftigt und Sie haben in Russland gelebt ...

! Richtig. Ich habe eine Weile in Russland gelebt und in Rostow am Don in der Journalismus-Weiterbildung gearbeitet. Deshalb habe ich mit der Region eine gewisse emotionale Verbindung. Was seit Jahren mit den Medien in Russland passiert und dass Russland seit dem 24. Februar in der Ukraine Krieg führt, hat mich sehr betroffen gemacht. Ich habe aber auch zu anderen Ländern eine enge Verbindung. Ich studierte in Chile, hatte Lateinamerikanistik als Studienfach und habe eine Weile in Ecuador gearbeitet.

? Seit zehn Jahren sind Sie Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“. Wenn Sie an die vergangenen zehn Jahre zurückdenken: Wie hat sich die

Situation in Russland in Bezug auf die Menschenrechte und die Pressefreiheit verändert?

! In den letzten zehn Jahren war in Russland deutlich eine kontinuierliche Verschlechterung der Pressefreiheit zu erkennen. In der Zeit waren zwar weniger Morde an Journalisten zu beklagen, als das noch in den 2000er-Jahren der Fall war, als sehr viele Journalistinnen und Journalisten in Russland ermordet wurden. In Russland hat es aber eine unglaubliche Verschärfung an Repressionsgesetzen und eine wachsende Zensur gegeben. Die Situation, die wir jetzt in Russland erleben, ist also nicht erst in den vergangenen Wochen und Monaten so verschärft worden. Zugespielt formuliert: Das „Repressionsbesteck“, das in den vergangenen Monaten und Wochen zur Anwendung kam, wurde in den letzten zehn Jahren schrittweise geschliffen. Jetzt gibt es Gesetze gegen „ausländische Agenten“, denen jeder Journalist und jeder Bürger zum Opfer fallen kann. Die Medienregulierungsbehörde Roskomnadsor hat westliche So-

cial-Media-Unternehmen mittlerweile teils zu Terrororganisationen erklärt und lässt Inhalte von Plattformen löschen. Social-Media-Plattformen wie Facebook, Twitter, YouTube oder andere westliche Plattformen waren lange so etwas wie Freiheitsräume in Russland, die nicht direkt oder nur wenig zensiert, auf jeden Fall nicht komplett blockiert wurden. Für unabhängige russische Medien waren das enorm wichtige Verbreitungsplattformen.

? „Reporter ohne Grenzen“ hatte über Social-Media-Plattformen Kontakt zu russischen Journalistinnen und Journalisten?

! Wir haben mit vielen russischen Journalistinnen und Journalisten Kontakt und haben lange Zeit darum gekämpft, dass die Plattformen dem russischen Druck standhalten, Inhalte löschen zu müssen. Inzwischen ist Meta, das Unternehmen hinter Facebook und Instagram, zur Terrororganisation erklärt worden, sodass die Freiheitsräume immer geringer wurden. In den letzten Monaten sind viele unabhängige russische Medien, die mit gutem Journalismus und mit Satire dem Druck des Staates standgehalten haben, teils de facto verboten worden. Wir haben eine umfassende Medienblockade und Zensur erlebt, die in einem atemberaubenden Tempo geschah und die den Zusammenbruch einer unabhängigen Medienlandschaft zur Folge hatte.

? Nicht nur für Journalisten, sondern für alle Menschen in Russland ist die ►

Das „Repressionsbesteck“, das in den vergangenen Monaten und Wochen zur Anwendung kam, wurde in den letzten zehn Jahren schrittweise geschliffen.



5. März 2022



8. März 2022



19. März 2022

Abbildungen: Screenshot

► **bloße Erwähnung des Wortes Krieg extrem gefährlich. Es drohen Geldstrafen oder sogar Lagerhaft. Wie ist es möglich, dass Journalisten in Russland noch arbeiten und unabhängig berichten?**

! Unter Aufbietung von großem Mut und unter Nutzung technischer Kompetenz, wenn sie noch aus dem Land berichten wollen. Russland hat die Überwachung in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut, und Journalisten müssen sich überlegen, wie sie unter Nutzung technischer Möglichkeiten die Zensur umgehen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass russische Medien immer öfter aus dem Exil arbeiten. In den vergangenen Wochen haben viele russische Medien das Land mit kompletten Redaktionen verlassen und wollen im Ausland, einige auch in Deutschland, neue Medienprojekte aufbauen und weiter berichten.

❓ **Wie können sie weiterhin Informationen in Russland verbreiten?**

! Auch über Telegram, das ist nicht gesperrt. Deshalb ist es wichtig, dass solche Angebote, die Zensur zu umgehen, bekannt gemacht werden. „Reporter ohne Grenzen“ hat aber auch die Aktion Collateral Freedom ins Leben gerufen, da spiegeln wir viele Webseiten, die blockiert sind, und stellen alternative Links her.

❓ **Was heißt das praktisch?**

! Wir heben nicht Sperren auf, die technisch von russischen Behörden gemacht werden, wir spiegeln gesperrte Webseiten komplett eins zu eins, legen sie auf einen Cloud-Server und erzeugen neue Links, die wir dann erneut zugänglich machen und verbreiten. Hierbei sind Social-Media-Plattformen wie Telegram besonders wichtig. Wir spiegeln im Moment z.B. das unabhängige Medium Meduza und andere unabhängige russische Medien, und wir spiegeln die Deutsche Welle auf Rus-

sisch. Das ist eine praktisch-technische Unterstützung.

Zweitens kann man Sperren umgehen, indem man die Anonymisierungssoftware Tor nutzt, um Spuren zu verwischen und sich anonym im Netz zu bewegen. Tor ist, ganz laienhaft erklärt, ein Zusammenschalten von vielen verschiedenen Rechnern und verschiedenen Serverkapazitäten, das es erlaubt, digitale Spuren zu verwischen. Dort betreiben wir, wie andere Organisationen auch, sogenannte Tor Bridges. Diese Tor Bridges erlauben es Nutzern in Russland anonym das Internet zu nutzen und gesperrte Webseiten zu lesen. Aber das braucht natürlich ein Mitwirken von unabhängigen Medien, braucht die Werbung über nicht gesperrte Kanäle in Russland, um das Prinzip bekannt zu machen. Wir sind damit aber nicht nur in Russland aktiv, sondern in vielen anderen Ländern der Welt.

❓ **In einem Land, in dem Menschen seit zehn Jahren oder seit Putin Präsident ist, täglich einer permanenten Staatspropaganda ausgesetzt sind, ist es schwierig, Menschen ohne Telegram und Tor unabhängig zu informieren. Aber selbst auf Telegram soll es ja Desinformation geben.**

! Richtig. Hier darf man sich nichts vormachen. In Russland ist Fernsehen immer

Wir haben eine umfassende Medienblockade und Zensur erlebt, die in einem atemberaubenden Tempo geschah und die den Zusammenbruch einer unabhängigen Medienlandschaft zur Folge hatte.

noch das wichtigste Medium und die Propaganda des russischen Staatsfernsehens ist gewaltig. Und natürlich gibt es auch auf den Social-Media- und Messenger-Kanälen wie Telegram massive russische Desinformation. Unabhängige Medien erreichen darüber zwar keine riesige Öffentlichkeit, aber es ist trotzdem wichtig, dass sie Menschen ansprechen, die an unabhängigen Informationen Interesse haben, und es ist wichtig, dass wir weiter in eine unabhängige Informationsverbreitung investieren.

❓ **Per Telegram und via Tor informiert sich aber eher die jüngere Generation. Ältere Menschen, die nicht internetaffin sind, oder Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, sind der russischen Propaganda aus dem Staatsfernsehen ausgeliefert. Die erreicht man mit unabhängigen Informationen gar nicht mehr.**

! Es ist natürlich auch eine Generationenfrage, aber ich weiß von Freunden in Russland, dass sich auch ältere Menschen inzwischen mit VPN-Technik beschäftigen. Die Bereitschaft, VPN oder die Anonymisierungssoftware Tor nutzen zu wollen, ist in Russland in den vergangenen Monaten massiv gewachsen. Wir wissen, dass die Tor-Nutzung deutlich angestiegen ist, 50 Prozent der weltweiten Tor-Nutzung der vergangenen Monate kam aus Russland. Es gibt massive Downloadraten von VPNs, die leider nicht alle sicher sind. Deshalb bemühen wir uns, die Menschen über sichere VPNs aufzuklären.

❓ **Nicht nur die russische Propagandamaschine läuft auf Hochtouren, auch die Hetzjagd auf unabhängige Journalisten wird immer massiver. Der krenkritische Chefredakteur der inzwischen eingestellten Moskauer Zeitung Nowaja Gazeta, Dmitri Muratow, wurde in einem Zug mit roter Farbe überschüttet. Ha-**



Foto: Bernd Lamme

ben Sie Erkenntnisse, wer dafür verantwortlich ist?

! Es ist sehr wahrscheinlich, dass es eine staatlich angeordnete Aktion war oder es zumindest staatsnahe Kreise waren. Natürlich sind die russische Desinformation und Propaganda in Russland ganz massiv, und in einem solchen Umfeld kann eine Menge passieren. Journalisten müssen mit vielem rechnen.

? Im Nachbarland Ukraine gibt es einen Krieg, massive Zerstörungen, tote Zivilisten und auch tote russische Soldaten. Können Sie sich erklären, weshalb die Mehrheit der Russen das nicht glaubt und sogar behauptet, die Zerstörungen seien Propaganda aus dem Westen?

! Es ist schwer, der Desinformation auszuweichen in Russland – und nicht nur im russischen Fernsehen, sondern auch auf den verbleibenden Social-Media-Plattformen ist der russische Staat massiv präsent. Man muss schon intensiv nach unabhängigen Informationen suchen; und in unabhängiger Mediennutzung sind viele Russen wenig geübt.

? „Reporter ohne Grenzen“ ist auch sehr aktiv bei der Bekämpfung von Überwachungssystemen. Was tun Sie konkret?

! Überwachung ist ein ganz großes Thema für uns. Wir beschäftigen uns politisch intensiv mit der Regulierung des Exports von Überwachungstechnik. Wir haben immer wieder Unternehmen verklagt oder

Strafanzeigen gestellt und hatten gerade einen Erfolg. Das Unternehmen FinFisher aus München musste nach einer Strafanzeige unter anderem von „Reporter ohne Grenzen“ seinen Betrieb einstellen. Aber wir sind auch in unserer Nothilfe zunehmend digital. In diesem Sommer starten wir in diesem Rahmen ein Digital Security Lab. Hier wollen wir bei digitaler Überwachung eigene digitalforensische Analysen machen. Immer wieder haben wir Anfragen von Journalistinnen, die Überwachung vermuten – zum Beispiel, weil interne Kommunikation an die Öffentlichkeit gelangt ist.

Wir haben den Bedarf erkannt und wollen als Organisation, die sich für Pressefreiheit einsetzt, ein Hilfsangebot machen. Nach einem Jahr Vorbereitung startet unser digitalforensisches Labor, und dafür haben wir uns personell mit Informatikern verstärkt, um Überwachung zu verhindern. Denn Überwachung ist Zensur und kann zur Einschüchterung führen und auch zu Selbstzensur.

? Die Situation in Russland ist für unabhängige Medien inzwischen so gefährlich, dass viele ins Ausland ausweichen. Werden russische Journalisten in Deutschland aufgenommen?

! Wir sind in Kontakt mit vielen russischen Journalisten, die gerade nach Deutschland wollen. Das Problem ist, Deutschland vergibt im Moment nur Schengen-Visa, da müssen russische Journalisten also ein Visumverfahren durchlaufen. Wir bemühen

uns in der Politik sehr darum, dass auch Arbeitsvisa für russische Journalistinnen und Journalisten vergeben werden können, die in Russland nicht mehr sicher sind.

? Wie durch den Mord im kleinen Tiergarten in Berlin oder den Giftanschlägen in Großbritannien bekannt ist, sind russische Staatsbürger und natürlich Journalisten vor dem russischen Geheimdienst auch außerhalb von Russland nicht sicher.

! Dass der russische Geheimdienst im Ausland aktiv gegen dissidentisch denkende Russen vorgeht, ist kein Geheimnis. Ich glaube, man kann nichts ausschließen. Im Moment haben wir aber keine Berichte oder Hinweise, dass russische Journalisten in Deutschland ganz konkret vom russischen Geheimdienst oder staatsnahen Kreisen bedroht würden. Aber insgesamt ist Berlin natürlich interessant wegen seiner starken russischen Community.

? In der Ukraine tobt ein Vernichtungskrieg und viele Journalisten berichten aus den Kriegsgebieten. „Reporter ohne Grenzen“ unterstützt Medienschaffende bei der Berichterstattung aus der Ukraine. Wie sieht diese Unterstützung aus?

! Wir haben schon kurz nach Kriegsbeginn gemeinsam mit unserem ukrainischen Partnerinstitut für Masseninformatik und unterstützt von der Stadtverwaltung Lwiw dort ein Zentrum für Pressefreiheit initiiert. In diesem Zentrum verleihen wir Schutzrüstungen für Journalisten, die aus der Ukraine berichten wollen. Dort bie-



Foto: Bernd Lammel

► ten wir Arbeitsmöglichkeiten und haben viele Journalisten finanziell dabei unterstützt, innerhalb der Ukraine umzusiedeln. Es gibt hier auch Schutzkeller. Wir versuchen, digitale Unterstützung anzubieten und sie in Form von VPNs kostenlos zugänglich zu machen.

❓ Wenden sich auch ukrainische Journalisten an Sie, die nach Deutschland kommen wollen?

❗ Es gibt bislang nur wenige ukrainische Journalisten, die ihr Land verlassen wollen. Die meisten wollen weiter aus der Ukraine berichten, die sich im Krieg befindet. Wir bekommen viele Anfragen von Redaktionen aus Deutschland, die helfen wollen, indem sie ukrainischen Journalisten Arbeit anbieten, aber da gibt es kaum Nachfrage. Die meisten wollen vor Ort bleiben, was viel Mut bedeutet. Deshalb ist unsere Hilfe in Lwiw im Moment viel effektiver.

❓ Es gibt freie Journalisten aus Deutschland, die in die Ukraine gehen, um aus den Kriegsgebieten zu berichten. Können die im Zentrum in Lwiw auch eine Schutzausrüstung bekommen?

❗ Natürlich können sich auch Journalisten aus Deutschland an das Zentrum in Lwiw wenden, wo die Schutzausrüstungen verliehen werden. Ich weiß von einigen Auslandskorrespondenten, die dort ausgerüstet wurden.

❓ „Reporter ohne Grenzen“ bietet auch ein Versicherungspaket für freie Journalisten an. Können Sie erklären, wie das funktioniert?

❗ Das Versicherungspaket bieten wir seit vielen Jahren an und haben es jetzt noch einmal aktualisiert. Es ist eine Versicherung für freie Journalistinnen und Journalisten, die in Kriegsgebiete reisen und dort verletzt werden könnten. Das Versicherungspaket von „Reporter ohne Grenzen“ trägt die Kosten, die von normalen Krankenversicherungen nicht abgedeckt werden. Gewerkschaften bieten mittlerweile auch solche Versicherungen an, und es wurde gerade in den vergangenen Wochen sehr

stark nachgefragt – mehr als in früheren Kriegen. Ich denke, der Grund ist, dass der Krieg in der Ukraine mehr oder weniger vor unserer Haustür stattfindet.

❓ Russland belegte in der Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ 2021 Platz 150. In diesem Jahr rutschte Russland auf Platz 155. Wie wird diese Rangliste erstellt, nach welchen Kriterien?

❗ Für die Rangliste wird eine weltweite Befragung durchgeführt und daraus ergibt sich eine Punktzahl – auch für Russland. Die Position eines Landes hängt aber immer auch von den Veränderungen in anderen Ländern ab, wie diese sich verschlechtern oder verbessern. Aus methodischen Gründen kann es also sein, dass sich ein Land um einige Plätze verbessert, obwohl in dem Land die Presse- und Meinungsfreiheit schlechter geworden ist – ganz einfach, weil es in anderen Ländern noch viel schlechtere Bedingungen oder mehr Morde an Journalisten gab.

❓ Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist ein ganz aktueller und furchtbarer Konflikt, aber Sie unterstützen auch Journalistinnen und Journalisten in anderen Ländern. In wie vielen Ländern ist „Reporter ohne Grenzen“ aktiv?

❗ „Reporter ohne Grenzen“ ist weltweit vernetzt und hat Korrespondenten und Repräsentanten in 140 Ländern der Welt. Außerdem haben wir Regionalbüros auf allen Kontinenten, die unsere Korrespondenten und Repräsentanten koordinieren. Wir haben ein Regionalbüro für Ostasien in Taiwan, ein Regionalbüro für Subsahara/

Dass der russische Geheimdienst im Ausland aktiv gegen dissidentisch denkende Russen vorgeht, ist kein Geheimnis. Ich glaube, man kann nichts ausschließen.

Afrika in Dakar im Senegal, in Rio de Janeiro für die Region Lateinamerika und ein Regionalbüro in den USA.

❓ Was sind, abgesehen von der Ukraine, die größten Brennpunkte auf der Welt?

❗ Die Frage ist: Was bezeichnet man als Brennpunkte? Die meisten Journalistinnen und Journalisten sind in China, Vietnam, Myanmar, Belarus und Saudi-Arabien inhaftiert. Aber in Mexiko und Afghanistan wurden die meisten Journalisten in den letzten Jahren ermordet. In Mexiko unterstützen wir beispielsweise Opferfamilien juristisch, indem wir sie vor nationalen Gerichten vertreten. Wir haben im vergangenen Jahr gemeinsam mit unserer Partnerorganisation in Mexiko zwei juristische Erfolge erzielt, was in einem Land mit einer riesigen Rechtlosigkeit bemerkenswert ist. Dort wurden die Mörder von zwei sehr spektakulären Journalistenmorden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

❓ Wie schafft es „Reporter ohne Grenzen“, Staaten, in denen Rechtlosigkeit herrscht, dazu zu bewegen oder die Justiz dazu zu bringen, Morde an Journalisten aufzuklären und die Mörder zu bestrafen?

❗ Die Aufgabe einer NGO wie „Reporter ohne Grenzen“ ist es, immer wieder Öffentlichkeit zu schaffen, immer wieder auf Straftaten hinzuweisen, immer wieder zu sagen: Wir schauen genau hin und lassen nicht locker. Natürlich darf man sich nichts vormachen: Mexiko ist seit vielen Jahren ein Land, in dem viele Journalistinnen und Journalisten ermordet wurden, deshalb ist der Kampf gegen die Straflosigkeit so wichtig. Und die Morde an Regina Martínéz und Javier Valdez haben gezeigt, dass der Kampf auch erfolgreich sein kann.

❓ „Reporter ohne Grenzen“ ist eine NGO, die auf Spenden angewiesen ist. Was kann man tun, um Sie zu unterstützen?

❗ „Reporter ohne Grenzen“ ist eine Organisation, die sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. Das ist für unsere Unabhängigkeit wichtig. Wir freuen uns also über neue Mitglieder und über Spenden, weil das unsere Arbeit sichert, weltweit unabhängig für Pressefreiheit streiten zu können. ■

Das Interview führte
Bettina Schellong-Lammel

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/spenden>

Hetzjagd auf kritische Journalisten in Russland

Die russischen Behörden nutzen Verhaftungen, Razzien und Geldstrafen, um Journalistinnen und Journalisten zu schikanieren, denen sie vorwerfen, „falsche Informationen“ über die Aktivitäten der russischen Armee in der Ukraine zu veröffentlichen. Reporter ohne Grenzen (RSF) verurteilt diese Verfolgung ebenso wie die Straflosigkeit von Angriffen auf Medienschaffende.

„Die russischen Behörden betreiben eine regelrechte Hetzjagd, um die wenigen einheimischen Journalistinnen und Journalisten zum Schweigen zu bringen, die es überhaupt noch wagen, entgegen der vorherrschenden Propaganda über den von Russland in der Ukraine angezettelten Krieg zu berichten“, sagte RSF-Geschäftsführer Christian Mihr. „Wir fordern dringend die Aufhebung der Zensur-Gesetze.“

Neuer Fokus auf Lokalmedien

Nachdem sie der unabhängigen Presse, die russlandweit berichtete, den Garaus gemacht haben, nehmen Behörden mit Hilfe der Gesetze zur Kriegszensur nun auch lokale Medien ins Visier. „Der schreckliche Schlag gegen die Medien mit nationaler Reichweite war ein Signal an die lokalen Behörden, nun auch die letzten kritischen Regionalzeitungen zu eliminieren. Vor diesem Hintergrund hoffen wir, dass die deutsche Bundesregierung ihre Ankündigung von Aufenthaltstiteln und Arbeitserlaubnissen für russische Journalistinnen und Journalisten umgehend einlöst“, so Mihr weiter.

Zu den Opfern der neusten Verfolgungswelle gehört beispielsweise *Listock*, eine kleine Zeitung mit Sitz in Gorno-Altaysk in der westsibirischen Altai-Region, die gerade zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (3.300 Euro) verurteilt wurde, weil sie in Artikeln die russische Armee „diskreditiert“ hatte. Ihre Redakteurin **Olga Komarowa** wurde zusätzlich zu einer Geldstrafe von 100.000 Rubel (1.100 Euro) verurteilt. Dies sind keine unbedeutenden Summen für eine kleine Publikation, und weitere Geldstrafen könnten folgen.

Der Eigentümer von *Listock*, **Sergej Michailow**, wurde vergangene Woche in Altai inhaftiert. Bereits am Vortag war er in der Nähe von Moskau festgenommen worden, während sein Haus und die Räumlichkeiten der Zeitung durchsucht wurden. Ihm drohen nun bis zu 15 Jahre Gefängnis, weil er in seiner Zeitung „falsche Informationen“ über die russische Armee in der Ukraine veröffentlicht haben soll. *Listock* hat von Beginn an ununterbrochen über die großangelegte russische Invasion berichtet – unter anderem in einem Interview mit Wolodymyr Selenskyj, Antikriegskolumnen und Berichten über die Kriegsverbrechen von Butscha. Dabei hat die Zeitung wiederholt das Wort „Krieg“ verwendet, obwohl es von der Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor verboten ist.

Die Repression folgt einem Muster

Eine ähnliche Abfolge an Ereignissen fand am 13. April in der ostsibirischen Republik Chakassien statt. Die Polizei durchsuchte die Wohnung von **Mikhail Afanasyev**, dem Herausgeber der lokalen Online-Zeitung *Novy Focus*, und beschlagnahmte seine Ausrüstung in Reaktion auf einen – inzwischen gelöschten – Artikel. Darin hatte er über die Aktivitäten von Soldaten aus Chakassien in der Ukraine berichtet und dass die russische Bereitschaftspolizei sich weigerte, in die Ukraine zu gehen. Afanasyev wird aktuell in der Republikhauptstadt Abakan festgehalten und wartet auf seinen Prozess.

In der südsibirischen Stadt Prokopjewsk steht **Andrej Nowaschow**, Korrespondent von *Sibir.Realii*, dem lokalen Ableger von *Radio Free Europe/Radio Liberty*, seit dem 22. März unter Hausarrest, weil er im russischen sozialen Netzwerk Vkontakte ein Video über die Angriffe der russischen Armee auf die ukrainische Stadt Mariupol geteilt hat, das angeblich „falsche Informationen“ beinhalte.

In Kudymkar in der Region Perm wurde die Redakteurin von *Parma-Novosti*, **Yana Yanovskaya**, am 30. März zu einer Geldstrafe von 50.000 Rubel (550 Euro) verurteilt, weil sie in einem Antikriegsartikel die

Streitkräfte „diskreditiert“ hatte. Gegen **Isabella Evloyeva**, Redakteurin von *Fortanga*, der einzigen unabhängigen Nachrichten-Webseite der Kaukasusrepublik Inguschetien, wurde am 25. März ein Verfahren eingeleitet, weil sie in einem Telegrammpost geschrieben hatte, der Buchstabe Z, der auf russischen Panzern in der Ukraine verwendet wird, sei „gleichbedeutend mit Aggression, Tod, Schmerz und unverschämter Manipulation“. Weitere Medienschaffende wurden in der südwestlichen Stadt Elista, im Kemerowo (in Ostsibirien) und in der Oblast Swerdlowsk (im Ural) verurteilt.

Die Grundlage der Verfolgung

Nach einer Gesetzesänderung vom 4. März kann jede russische oder ausländische Person zu bis zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt werden, wenn sie „falsche Informationen“ über die russischen Streitkräfte verbreitet. Viele unabhängige Medien wie *Novaya Gazeta*, *The Bell*, *Taiga.info*, *VPost* und *Prospekt Mira* reagierten daraufhin mit der Ankündigung, ihre Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine einzustellen und frühere Berichte darüber zu löschen, um ihre Journalistinnen und Journalisten vor Strafverfolgung zu schützen. Nach einem weiteren, am 22. März verabschiedeten Gesetz werden „falsche Informationen“ über die Aktivitäten „russischer Staatsorgane“, die im Ausland tätig sind – einschließlich Präsidenten, der Exekutive, des Parlaments, der Nationalgarde und des Inlandsgeheimdiensts der Russischen Föderation (FSB) – ebenfalls mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft. Umgekehrt herrscht bei Angriffen auf Medienschaffende ein Klima der Straffreiheit.

Ein Beispiel dafür ist der Fall des Redakteurs der *Nowaja Gaseta* und Friedensnobelpreisträgers **Dmitri Muratow**. Er wurde am 7. April im Zug von Moskau nach Samara von einem Mann angegriffen, der ihn mit einer Mischung aus roter Farbe und Aceton besprühte. Nach der eigenen Untersuchung des Vorfalls prangerten die Mitarbeitenden der Zeitung die Untätigkeit der Polizei an.



Foto: Shams Ul-Haq

Pressefreiheit in Pakistan

Von Shams Ul-Haq

Es ist nicht gut bestellt um die Freiheit der Medien in Pakistan. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat dem Land in seiner „Rangliste der Pressefreiheit“ nur Platz 157 von 180 vergeben können.

Von staatlicher Repression am stärksten betroffen ist die pakistanische Hauptstadt. Gerade in Islamabad wurden sehr viele regierungskritische Journalisten verhaftet. Nicht wenige verschwinden und tauchen dann nie wieder auf. Es handelt sich dabei nicht selten um illegale Geheimdienstoperationen, die gegen bestimmte exponierte Journalisten gerichtet sind, die sich sehr deutlich für die Opposition oder die vorherige Regierungspartei eingesetzt haben. Ein Fall ist der des bekannten Journalisten Matiullah Jan, der im Juli 2020 auf offener Straße gekidnappt, aber nach einem halben Tag immerhin wieder freigelassen wurde. Oft werden Verhaftungen auch mit Anzeigen gegen den betreffenden Journalisten begründet. Diese Anzeigen sind indes nicht selten fingiert, das heißt, dass die Anzeigensteller dafür bezahlt wurden. Ein bekannter Journalist erhielt unlängst zehn Anzeigen von Bürgern

wegen unterschiedlicher Strafdelikte. Daraufhin werden bisweilen zögerliche Polizisten unter Druck gesetzt, betreffende Journalisten in Untersuchungshaft zu stecken, die sehr lange dauern kann.

Diese Repression war vor einigen Jahren noch nicht so stark. Sie ist ein Zeichen der zunehmenden Konfrontation und Verhärtung der politischen Lager.

Im Juni kam es zur Eröffnung einer „Street Library“ in Islamabad im Beisein des scheidenden deutschen Botschafters Bernhard Schlagheck. Schlagheck besuchte zu seinem Abschied auch Fernsehsender und den Presseclub in Islamabad. Bei einem daran anschließenden großen Treffen pakistanischer Journalisten in Islamabad wurden die Probleme der dortigen Medienlandschaft offen, aber „off the record“ diskutiert.

300 TV-Sender existieren in Pakistan, von denen zehn als seriöse „Top-Sender“ angesehen werden. Vielfalt bedeutet aber nicht automatisch Freiheit. Somit besteht eine Diskrepanz zwischen der Fülle an freien TV-Privatsendern in Pakistan und den Arbeitsbedingungen für kritische Journalisten.

Allgemein bekannt ist demnach der Einfluss reicher Großmagnaten auf Politik und Medien. Diese unterhalten häufig eigene TV-Sender, die sie in den letzten Jahren aufgekauft oder gegründet haben.

Nicht selten werden die Sender zur lobbyistischen Einflussnahme genutzt. Da auch die großen Parteien mit wohlhabenden Wirtschaftsbossen verbandelt sind, üben sie ebenfalls Einfluss auf einzelne TV-Sender aus.

Nicht selten werden die Sender zur lobbyistischen Einflussnahme genutzt. Da auch die großen Parteien mit wohlhabenden Wirtschaftsbossen verbandelt sind, üben sie ebenfalls Einfluss auf einzelne TV-Sender aus. Zugleich wird wiederum mehr oder weniger versteckte Werbung für die herrschende Regierungspartei gesendet. Politische und geschäftliche Interessen vermengen sich. So ergibt sich das Bild, dass viele Sender nicht um Ausgewogenheit der Berichterstattung bemüht sind, sondern mehr oder weniger offen eine der verschiedenen Parteien unterstützen.

Auch Privatsender bekommen, neben den staatlichen Sendern, Unterstützung



Seite 18: Der deutsche Botschafter Bernhard Schlagheck (2.v.l.) besuchte bei seiner Abschiedstour auch den Presseclub in Islamabad und tauschte sich dort mit den Journalisten über die Medienlandschaft in Pakistan aus

oben: Schlagheck besuchte auch einen der über 300 Privatsender in Pakistan ...

aus dem staatlichen Budget. Oft wird diese Unterstützung aber anhand der Nähe zur jeweiligen Regierungspartei vergeben. Hier besteht also das Problem der Korruption durch Nähe zur Regierung.

Die Entlohnung von Medienmitarbeitern ist schlecht. Es gibt keine festen Verträge, keinen gewerkschaftlichen Einfluss. Ein Kameramann, der ohnehin nur umgerechnet 200 Euro im Monat verdient, muss bisweilen Monate auf seine Bezahlung warten. Ähnlich geht es Journalisten ohne feste Auftraggeber. Das betrifft allerdings nicht die höhergestellten Medienschaffenden. Bekannte Talkmaster oder Chefredakteure verdienen sehr viel Geld und haben nicht mit Zahlungsverzögerungen zu kämpfen.

Durch die schlechte Entlohnung und die politische Repression werden viele Nachwuchstalente abgeschreckt. Viele junge Menschen in Pakistan interessieren sich für Politik und Journalismus. An den Universitäten studieren viele geeignete junge Journalisten, deren Arbeit ein wichtiges Fundament für die Stabilität des Landes liefern könnte. Doch die Konfrontation mit den Problemen des Medienwesens in Pakistan lässt sie rasch Ausschau nach Alternativen in anderen Branchen halten. So landen sie dann beispielsweise im PR-Bereich größerer Firmen.



... und machte sich vor Ort ein Bild über die Arbeitsbedingungen der Journalisten

Ein weiteres Problemfeld des pakistanischen Journalismus ist der geringe Anteil von Frauen im Medienbetrieb. Frauen erhalten wenig Förderung. Artikel müssen bisweilen unter männlichem Namen veröffentlicht werden. Außerdem besteht das latente Risiko der sexuellen Belästigung durch Kollegen am Arbeitsplatz, wogegen wenig unternommen wird. Ein Kopftuchzwang existiert allerdings nicht. Im Gegenteil. Nur ein bedeutender TV-Sender, Such-TV (dt. Wahrheit-TV), zeigt noch Moderatorinnen mit Kopftuch. Dies ist ein Zeichen der religiösen Liberalisierung des Landes, aber auch des Militäreinflusses.

Denn das Hauptproblem des pakistanischen Journalismus ist der starke Einfluss von Militär und Geheimdiensten. Häufig werden Sender durch den Vorwurf der „Falschaussage“ mit anschließender Anzeige diszipliniert. Geldstrafen sind dabei der mildeste Druck. Journalisten, die sich

zu kritisch über diese Institutionen äußern oder gar mit versteckter Kamera gegen Korruption von Regierungspolitikern und Militärs vorgehen, landen häufig im Gefängnis. Auch Tote hat es dabei schon gegeben.

DPV und bdfj unterstützen seit 2007 intensiv Journalisten in Pakistan, Afghanistan und Indien, die Schwierigkeiten haben, in ihrem Land ihren Beruf auszuüben. Shams Ul-Haq, Head of International Relationships, organisiert regelmäßig Pressereisen nach Pakistan, ebenso Workshops und Pressekonferenzen. Darüber hinaus unterstützen der DPV und die bdfj den Bau und die Eröffnung einer Journalistenschule in Pakistan. Zudem werden regelmäßig pakistanische Studenten des Fachs Journalismus nach Deutschland eingeladen. ■

Shams Ul-Haq ist Fachgruppenleiter für Internationale Beziehungen des Journalistenzentrum Deutschland

Propaganda, Lüge,

Von Hans D. Baumann

Propaganda spielt vor allem in Kriegszeiten eine wichtige Rolle. Man fällt darauf herein, begegnet ihr kritisch, glaubt gar nichts mehr ... oder merkt nicht, dass sie einen längst im Griff hat.



Quellennachweise:
https://nitromagazin.com/nitro_online/Quellen-Doc-Baumann.pdf

In diesem Beitrag geht es nur um Propaganda. Nicht um Kriegsschuld, nicht um historische Entwicklungen, nicht um Parteinahme und nicht um Emotionen. Die Situation ist eindeutig: Die russische Invasion verletzt die UN-Charta (territoriale Unversehrtheit, Anwendung von Gewalt) und andere Abkommen. Nichts rechtfertigt den Angriff auf Menschen, sie zu töten und zu verletzen, ihr in lebenslanger Arbeit aufgebautes Eigentum und die Infrastruktur ihres Landes zu zerstören. Vor hundert Jahren wurde der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau gefragt, wem wohl künftige Historiker die Schuld am Ersten Weltkrieg geben würden. „Das weiß ich nicht“, antwortete er, „aber eine Sache ist sicher, sie werden nicht sagen: Belgien fiel in Deutschland ein.“ Damit ist alles gesagt.

Was ist Propaganda?

Wir können langfristig nur richtig handeln und unsere Ziele erreichen, wenn unser Wissen über die Wirklichkeit zutreffend ist. Dazu verlassen wir uns auf unsere Sinne und Erfahrungen, aber vor allem auf Informationen anderer. Falsche Annahmen führen zu fehlerhaften Handlungen. Mitteilungen anderer greifen wir lieber auf, wenn sie unseren eigenen Interessen und Annahmen entsprechen.

Um verlässlich zu sein, müssen Tatsachenbehauptungen wahr sein. Oft wird mit „der Wahrheit“ argumentiert. Was immer das sein soll – Wahrheit ist die Eigenschaft einer Behauptung über einen Sachverhalt, wenn sie zutreffend beschreibt, was der Fall ist. Dazu gibt es zwei Gegensätze: Irr-



Foto: Gabi Broszat

Doc Baumann ist den Lesern des **Journalistenblatt** vor allem durch seine Photoshop-Tutorials bekannt. Der Kunstwissenschaftler befasst sich aber auch seit über 30 Jahren mit Verschwörungstheorien.

Den Sachverhalt der Propaganda gibt es schon sehr lange; antike Rhetorik war eine ihrer frühen Erscheinungsformen. Vor der Erfindung des Buchdrucks dienten vor allem Münzen mit Bildsymbolen zur Beeinflussung der Bevölkerung.

tum oder Illusion, wenn der Urteilende sein falsches Urteil selbst für wahr hält – Lüge, wenn er wissentlich eine unwahre Aussage trifft; meist, um etwas zu seinem Vorteil zu erreichen.

Was wissen wir über den Ukraine-Krieg und die Welt überhaupt, und vor allem, woher wissen wir es? Unmittelbares Wissen dürfte die absolute Ausnahme sein; nahezu alles, was wir wissen oder zu wissen glauben, verdanken wir anderen. Wir haben vom größten Teil der Welt nur mittelbares Kenntnis. Vor Gericht nennt man das „vom Hörensagen“, im politischen und sozialen Kontext „Medien“. Manche halten wir für glaubwürdig, andere für zweifelhaft.

Die Information über einen einzelnen Sachverhalt kann mitunter überprüft und als wahr oder falsch erkannt werden. Bei einem komplexen Geflecht von Sachverhalten ist das kaum noch möglich, und noch viel schwieriger wird es, wenn Wertungen hinzukommen. Über solche Wirklichkeitsbereiche gibt es daher eher Meinungen als gesichertes Wissen. Identische Ausgangsbedingungen können so zu unterschiedlichen Meinungen führen: Die Lieferung schwerer Waffen wird zur Folge haben, dass ...

Politische Propaganda ist die gezielte Anwendung kommunikativer Techniken, um die Meinung einer großen Anzahl von Empfängern einer Botschaft gemäß den Interessen und Zielen ihres Absenders zu beeinflussen. In der Praxis der Meinungsbildung spielt es keine wesentliche Rolle, ob die dabei vermittelten Tatsachenbehauptungen wahr oder falsch sind. Allerdings ist es ein Irrtum anzunehmen, Propaganda habe vor allem mit Lügen zu tun.

Wahrheit



Fotomontage: Doc Baumann

Putlin (Fotomontage; die obere Gesichtshälfte stammt von Put-in, die untere von Sta-lin)

Lügner errichten, wie jeder Verhörspezialist weiß, zunehmend instabilere Gebäude und provozieren immer kompliziertere Kontextkonstruktionen, die irgendwann der Wirklichkeit nicht mehr standhalten. Propaganda mit wahren Behauptungen setzt sich dieser Gefahr nicht aus – ist aber oft nicht realisierbar, wenn der Sender der Botschaft Interessen durchsetzen will, die nicht mit denen der Empfänger identisch oder Tatsachen zu bekannt sind. Der erfolgversprechendere Weg ist daher der Einsatz von Halbwahrheiten.

Der für die Invasion der Ukraine Verantwortliche musste nachvollziehbare Kriegsziele verbreiten und konnte nicht seine dokumentierten wahren Absichten öffentlich machen: „Es muss erreicht werden, dass ... kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurück-

bleibt, dass kein Haus stehenbleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muss wirklich ein total zerstörtes und verbranntes Land vorfinden.“

Vor allem darf Kriegspropaganda nicht als solche erkannt werden, dann hat sie schon verloren („... die Absicht muss so klug und so virtuos kaschiert sein, dass der, der von dieser Absicht erfüllt werden soll, das überhaupt nicht bemerkt“, schrieb Goebbels). Sie entspricht noch heute den Prinzipien, die Arthur Ponsonby nach dem Ersten Weltkrieg zusammenfasste:

1. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
2. Wir sind unschuldig und freiheitsliebend.

3. Der Feind hat dämonische Züge.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache, der Feind für eigennützige Ziele.
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten, bei uns ist es ein Versehen.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Hinzu kommt: Tatsachen, über die nicht berichtet wird, können keine Wirkung entfalten (daher die harten Strafen für das Abhören von Feindsendern im Dritten Reich). Prinzipien, die man beim Feind betont, ►

► werden auf der eigenen Seite ignoriert (und umgekehrt). Nachrichten werden immer in einem bestimmten, kalkulierbaren Bedeutungskontext verstanden (Framing). Nicht weniger wichtig als Information und Desinformation: das Ansprechen von Emotionen und Interessen. Und fast all dem widersprechend die ganz anders geartete islamistische Propaganda etwa des IS: Unser Terror, den wir durch die Massenmedien (bevorzugt die des Feindes) offensiv verbreiten, möge allen zur Warnung dienen, die sich der Annahme des wahren Glaubens widersetzen.

Während früher klar zwischen Propaganda unterschieden werden konnte, die sich an die eigene Bevölkerung oder an die des Feindes richtete, ist dies im Zeitalter des Internet kaum noch möglich. Das macht die Sache schwieriger.

Den Sachverhalt der Propaganda gibt es schon sehr lange; antike Rhetorik war eine ihrer frühen Erscheinungsformen. Vor der Erfindung des Buchdrucks dienten vor allem Münzen mit entsprechenden Bildsymbolen zur Beeinflussung der Bevölkerung. Die Bezeichnung selbst dagegen entstand erst spät und wurde von der 1622 gegründeten *Congregatio de Propaganda Fide* angeregt, der katholischen Behörde zur Verbreitung des Glaubens. Vor allem mit und nach der Französischen Revolution wurde – von beiden Seiten – zunehmend Propaganda eingesetzt und verfeinert. Besonders wirksame Vorgehensweisen brachten im Ersten Weltkrieg die Briten hervor (aus deren Analyse entstand Ponsonbys Liste), die Sowjetunion entwickelte das Konzept des Agitprop (Agitation und Propaganda).

Eine hohe Wertschätzung der englischen Methoden finden sich ausgerechnet in Hitlers „Mein Kampf“. Das entsprechende Kapitel überrascht, da das in einer Auflage von elf Millionen Exemplaren verbreitete Buch den Empfängern die angewandten Techniken ungeschönt offenbart: Propaganda hat sich nur an die ungebildete Masse zu wenden, nicht an die Intellektuellen („Primitivität der Empfindung der breiten Masse“) – sie muss sich vor allem an das Gefühl richten, weniger an den Verstand – „auf wenig beschränken und dieses ewig wiederholen“ – nur die eigene Position vermitteln, ohne Argumente des Feindes aufzugreifen und abzuwägen – Wahrheit hat dabei keine Rolle zu spielen. Das Ziel spricht er unverhohlen aus: „Menschen zum Sterben zu berauschen.“

Rechtsextremisten gibt es, wie in der Ukraine, überall – aber wie einflussreich sind sie dort? Bei der letzten Parlamentswahl 2019 kam jedenfalls keine solche Partei über fünf Prozent.

Die Propaganda des nationalsozialistischen Deutschland wird aber weniger mit Hitler assoziiert als mit Joseph Goebbels. So sehr der sich auch am „Führer“ orientierte, verfolgte er letztlich doch ein anderes Konzept: „Die Waffe der Wahrheit“ (die er so natürlich nur einsetzte, wo sie erfolgversprechend erschien): „Propaganda im besten Sinne des Wortes insofern, als sie durch die Ungeschminktheit der Tatsachenmeldung die breiteste und tiefste Wirkung erreicht.“ (6. 7. 1941) Zusammen mit dem Reichskriegsministerium verkündete er in einem Abkommen: „Der Propagandakrieg wird als wesentliches, dem Waffenkrieg gleichrangiges Kampfmittel anerkannt.“

Russische Propaganda im Ukraine-Krieg

Im Zeitalter von Internet und Satellitenfotos hat es Propaganda schwerer als früher. Die Botschaften ans eigene Volk empfangen alle. Dennoch erzielen bestimmte verwendete Begriffe unterschiedliche Wirkung wegen des Framing-Effekts, etwa „Groß-Russland“, „Donbass“ oder „Kampf gegen den Nazismus“. Der Sieg über Nazi-Deutschland gehört zur russischen Identität. Daran anknüpfend konnte Putin zu Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 sagen: „Die führenden Nato-Länder unterstützen zum Erreichen ihrer eigenen Ziele extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine (...), Banden ukrainischer Nationalisten, Hitlers Kollaborateure während des Großen Vaterländischen Krieges, [die] wehrlose Menschen töteten. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und diejenigen vor Gericht zu bringen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich russischer Bürger, begangen haben.“

Mit „Hitlers Kollaborateuren“ meint Putin vor allem Stepan Bandera, ukrainischer Nationalist, Nazi-Verbündeter und Antisemit (ein Viertel aller ermordeten Juden, 1,5 Millionen, starben in der Ukraine).

Dennoch verehren ihn noch immer viele Ukrainer, ihm werden Denkmäler errichtet; der ukrainische Botschafter in Deutschland legte 2015 Blumen an seinem Grab nieder. Mit „Neonazis“ in der Ukraine bezieht sich Putin zum Beispiel auf das Asow-Regiment, eine ursprünglich neonazistische Freiwilligengruppe, die offiziell in die Armee aufgenommen wurde.

Während die *Tagesschau* zum Beispiel selten vergisst, die PKK als „verbotene Arbeiterpartei“ oder Hamas als „radikalislamisch“ zu bezeichnen, wird das Asow-Regiment in der Regel nicht als rechte Gruppierung attribuiert. Selenskyj hat sich zwar wiederholt gegen sie abgegrenzt – aber auch zwei Mitgliedern bei seiner Rede vor dem griechischen Parlament das Wort überlassen.

Richtig ist ebenso, dass Russisches in der Ukraine unter Druck steht: etwa das Zurückdrängen der russischen Sprache als Amts- und Lehrsprache im Unterricht, aber auch der Abriss tausender Lenin-Denkmäler oder das Verbot kommunistischer Parteien im Zuge der „Dekommunisierung“.

Gab es die behaupteten „blutigen Verbrechen“? In Einzelfällen durchaus; so verbrannten am 2. Mai 2014 bei Unruhen in Odessa 42 pro-russische Aktivisten in einem Gewerkschaftshaus. Das Verbrechen wurde nie aufgeklärt. Im Anschluss an den Euromaidan (den Russland formal zu Recht als demokratisch nicht legitimierten Umsturz bezeichnet) waren ebenfalls russlandfreundliche Oppositionelle von Killerkommandos ermordet worden. Die Anzahl solcher Verbrechen rechtfertigt allerdings nicht die Behauptung eines „Genozids an der russischen Bevölkerung“.

Putins Aussagen sind zwar historisch korrekt, folgen jedoch dem Konzept der Halbwahrheit: Trotz seiner rechtsradikalen Kontakte soll sich das Asow-Regiment in den letzten Jahren entideologisiert haben; auch die von Russland engagierten Wagner-Söldner wurden von einem Nazi-Sympathisanten gegründet.

Rechtsextremisten gibt es, wie in der Ukraine, überall – aber wie einflussreich sind sie dort? Bei der letzten Parlamentswahl 2019 kam jedenfalls keine solche Partei über fünf Prozent. Noch bedeutsamer ist allerdings Putins Förderung Rechtsextremer in Westeuropa; die passt nicht zu einem Kriegsgrund der Entnazifizierung.

Halbwahrheiten gibt es auch im Bereich der kulturellen Sanktionen. Es sei dahingestellt, welchen Nutzen diese im Falle kultureller, wissenschaftlicher und sportli-



Fotomontage: Doc Baumann

„Für den Anfang gar nicht schlecht, mein Sohn – aber um in meiner Liga mitzuspielen, musst halt schon noch a bisserl zulegen.“

cher Kooperationen haben. Wenn die Ukraine-Invasion jedoch an verschiedenen Orten zum Anlass genommen wird, um Tschaikowski-Aufführungen abzusagen oder wie in Mailand Dostojewski-Vorlesungen aus dem Programm zu nehmen, so sind das keine Maßnahmen, die der Ukraine helfen. Aber sie machen es Putin leicht, den übertriebenen Vergleich anzustellen: „Das letzte Mal, dass eine solche Massenkampagne zur Vernichtung unerwünschter Literatur ausgeführt wurde, war vor fast 90 Jahren von den Nazis in Deutschland.“

Auch in Hinblick auf die vorgebliche bloße Reaktion Russlands auf Angriffe der Ukraine fehlen nachvollziehbare Beweise. Wahrscheinlich hat es zwar im Donbass – von beiden Seiten – militärische Vorstöße mit zivilen Opfern gegeben, Übergriffe jenseits der völkerrechtlich gültigen Ostgrenze der Ukraine sind vor Kriegsbeginn jedoch nicht belegt.

Zur Propaganda gehört auch, einen Krieg nicht als solchen zu benennen, wobei „militärische Sonderoperation“ als bloßes Synonym erscheinen könnte. Weder Russland noch die Ukraine haben den Krieg erklärt. Warum? Eine komplexe Geschichte, für die hier der Raum fehlt, die aber eher

mit ukrainischer Propaganda zu tun hat. Denn die vehementen Forderungen – nicht nur – aus Kiew, die Deutschen sollten ihren Gasimport sofort einstellen, sind Heuchelei. Die Ukraine bezieht selbst weiterhin russisches Gas und verdient an den Durchleitungsrechten nach Westeuropa Milliarden, weswegen es auch noch keine Sabotageakte auf die Pipelines gegeben hat (Bei einem Staatshaushalt von 37,5 Milliarden US-Dollar rechnete der ehemalige ukrainische Energieminister Oleksiy Orzhel mit 15 Milliarden Transitgebühren). Im Kriegsfall fielen vertragliche Bindungen fort.

Über den wohl wichtigsten Kriegsgrund könnte man ein ganzes Buch schreiben: dass sich Russland trotz derer gegenteiligen Versprechungen von der ostwärts vorrückenden NATO bedroht und eingekreist fühlt, kann man ebenso wenig ignorieren wie den Wunsch der Ukraine nach Sicherheit und Eigenständigkeit (dazu als kaum erwünschte Folge der Invasion, dass auch Finnland und Schweden die Mitgliedschaft eingeleitet haben). Dass die Ukraine nun vom Westen Waffen nicht nur erbittet, sondern fordert, lässt sich in gewisser Weise durchaus rechtfertigen: Nicht, weil die Ukrainer unsere Demokratie und Freiheit ver-

teidigten, sondern weil die USA dort einen Stellvertreterkrieg führen.

Russische Kriegspropaganda ist also – zumindest für westliche Empfänger – wenig glaubwürdig und inkonsistent. Putin wirkt sachlich, aber steif – Selenskyj ist ihm hinsichtlich emotionaler Wirkung weit überlegen. Allein schon Putins Tisch erscheint wie ein Witz – man kann sich die endlose Kamerafahrt von Scholz zum Hausherrn in einer Mel-Brooks-Komödie lebhaft vorstellen. Raketenangriffe auf Kiew während des Aufenthalts des UNO-Generalsekretärs Guterres schaden der russischen Position. Die Hauptfehler russischer Propaganda und damit der Verlust jeder Glaubwürdigkeit überhaupt waren jedoch die Invasion trotz vorausgehender eindeutiger Dementis und die abrupte Änderung des Kriegsziels unter expansionistischer Einbeziehung der Südukraine und der Schwarzmeerhäfen.

Deutsche Propaganda im Ukraine-Krieg

Einem Staat, dessen Vertreter so offensichtlich lügen und der einen anderen mit Waffengewalt überfällt und für zahllose Tote und Verletzte (auch eigene) und ein zer- ▶

- störtes Land verantwortlich ist, wird man nie wieder glauben.

So sollte man es erwarten. Aber Russland hat nicht das Monopol auf Propaganda, andere können das ebenso – und besser. Würden die eben genannten Kriterien wirklich zutreffen und konsequent angewandt, hätten deutsche Sanktionen längst die USA treffen müssen. Deren Kriege im Ausland mit Millionen Toten bauen auf mehrfach entlarvten Lügen und Fälschungen auf und haben keineswegs für Demokratie und Freiheit gesorgt, sondern Chaos und Instabilität hinterlassen. Als habe es nicht gerade noch einen Präsidenten Trump gegeben (der uns vergeblich sein umweltschädigendes Fracking-Gas schmackhaft machen wollte, Sanktionen einführt, Verträge annullierte), werden die USA nun ein wichtiger Gas-Lieferant. Zufall?

Auch Saudi-Arabien als Gas-Verkäufer ist mit im Boot; dabei liegt die Zahl der Opfer im Stellvertreterkrieg im Jemen fast hundertfach höher als die bislang in der Ukraine. Dass all das nicht Gegenstand von Diskussionen und Entscheidungen ist, zeigt, dass Propaganda hierzulande hervorragend wirkt: Was befreundete Nationen tun, darf mit den Aktionen des Gegners nicht verglichen und nicht einmal so wahrgenommen werden.

Zur Propagandatechnik, identische Prinzipien bei Freund und Gegner völlig unterschiedlich zu behandeln, gehört auch die deutsche Israel-Politik, die sich der sechs Millionen ermordeter Juden wegen aus guten Gründen mit Kritik zurückhält. Nazi-Deutschland war aber ebenso für 25 bis 40 Millionen toter Russen verantwortlich, die vier- bis siebenfache Anzahl. Boykottaufrufe gegen Exportprodukte der Siedler aus den völkerrechtswidrig besetzten Palästinensergebieten verdammt der Bundestag als antisemitisch – Sanktionen gegen den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine werden im Handumdrehen in Kraft gesetzt.

Oder das Thema Framing: Ich suchte im Web nach „Donbass“ und fand in unterschiedlicher Formulierung, die „Region im Südosten der Ukraine [...] grenzt an Russland“. Das ist so sinnvoll wie „die Alpen grenzen an Österreich“, denn teilweise gehört die Region Donbass ja zu Russland.

Aber gibt es bei uns überhaupt so etwas wie Propaganda? Glaubt man Außenministerin Annalena Baerbock, ist das nicht der Fall: Propaganda dürfe nicht mit Gegenpropaganda entgegengetreten werden,

Nichts rechtfertigt den Angriff auf Menschen, sie zu töten und zu verletzen, ihr in lebenslanger Arbeit aufgebautes Eigentum und die Infrastruktur ihres Landes zu zerstören.

sondern „mit Transparenz, mit kritischer Öffentlichkeit, mit starken und freien Medien“. Für eine studierte Politikwissenschaftlerin ist das eine rührend naive Aussage; wahrscheinlicher ist allerdings, dass auch dieser Satz pure Propaganda ist.

Da ist ihr FDP-Kollege Graf Lambsdorff mit seiner Kalter-Krieg-Rhetorik direkter, bei der auch der Letzte erkennt, dass sie plumpe Propaganda ist. Den Organisatoren der diesjährigen Ostermärsche unterstellt er: „Sie versuchen, den Westen zu schwächen und die Ukraine zu diskreditieren ... [Sie sind] eindeutig Interessenvertreter der russischen Position. Sie machen rhetorisch und politisch die Arbeit eines Wladimir Putin und des russischen Geheimdienstes – durch Desinformation, durch Verzerrung von Fakten.“ Er kommt in Talkshow immer wieder zu Wort – aber wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Talkshows stehen für eine Position, die den russischen Standpunkt erläutert?

Man könnte argumentieren, aus Russland käme dazu ohnehin nur Propaganda, die wolle man hier nicht auch noch verbreiten. Das impliziert, die Position Russlands bestünde ausschließlich aus Propaganda, die des Westens aus puren Sachinformationen. Sicherlich müssten wir uns dann höchst verstörende Aussagen anhören wie etwa die von Sergej Kaganow, dass „anhaltende Erschütterungen [...] natürlich auch dazu führen [werden], dass die Demokratie in ihrer jetzigen Form in den meisten europäischen Ländern nicht überleben wird“. Doch jeder Versuch, russische Argumentationen unvoreingenommen zu analysieren, endet in der umgehenden Beschimpfung als „Putin-Versteher“. Natürlich ist auch dieser Kampfbegriff Propaganda, die sich auf Diskurs und Baerbocksche „Transparenz“ gar nicht erst einlässt. Nach dieser Logik wäre jeder Profiler der Kriminalpolizei ein verständnisvoller Unterstützer von Serienmördern.

Hinzu kommt in diesem Kontext, dass ganz im Sinne der Kriegspropaganda und entgegen allen Prinzipien der Meinungs- und Pressefreiheit Informationen des Feindes unterdrückt werden. Nicht nur, dass *Russia Today* (auch als Gegenreaktion) nicht mehr senden darf, mit Suchmaschinen findet man nicht einmal mehr den Zugang zu deren englischer Webseite. Natürlich besteht ein großer Teil solcher „Nachrichten“ aus russischer Propaganda, ist sachlich falsch und soll vor allem hier lebende Russland-Deutsche beeinflussen. Doch bislang wurde stets verkündet, man lasse sich nicht vom Gegner dazu provozieren, demokratische Grundsätze aufzugeben, da gerade diese die eigene Überlegenheit ausmachen. Aber solch eiserne Prinzipien gelten unter Bedingungen der Kriegspropaganda nicht mehr; ebenso, wie in einem Handstreich die jahrzehntelange felsenfeste Regel, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, über Bord geworfen wird.

Aus russischer Perspektive wenig glaubwürdig ist die NATO-Argumentation, sie sei ein reines Verteidigungsbündnis, Befürchtungen wegen ihrer Osterweiterung seien daher völlig gegenstandslos. Abgesehen von den US-Kriegen unter Beteiligung von NATO-Partnern, die keine Verteidigung von Bündnis-Gebiet waren – Serbien hat 1999 kein NATO-Land überfallen und wurde dennoch massiv angegriffen. Aber wenn wir – ebenfalls reine Kriegspropaganda – die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland am Hindukusch verteidigen müssen, fällt natürlich fast alles in das Ressort des „Verteidigungs“-Ministeriums. Orwell lässt grüßen.

Nachrichtensendungen setzen stark auf Emotionen; ein Film über eine weinende russische Mutter am Grab ihres gefallenen wehrpflichtigen Sohnes wäre nicht weniger bewegend als einer aus Charkiw. Terroristen missbrauchen Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ – in Mariupol haben sich Kämpfer des Asow-Regiments lediglich in derselben alten Stahlfabrik verschanzt, in der auch Zivilisten Schutz suchten.

Russland lässt missliebige Menschen vergiften und vom Geheimdienst ermorden – die USA bringen mit Drohnen Tausende um, darunter weit überwiegend unbeteiligte Zivilisten. Russland verbietet Menschenrechtsorganisationen – bei uns behindern Finanzämter ihre Arbeit.

Die 20-Uhr-*Tagesschau* berichtet am 15.3.2022 ausführlich über die russische Redakteurin Marina Owsjannikowa, die

mutig ihr Antikriegsplakat in die Kameras von *Channel One* gehalten hatte – doch kein Wort dazu, dass am selben Tag ein Gericht in London den Weg frei machte für die Auslieferung von Julian Assange an die USA, deren Kriegsverbrechen er aufgedeckt hatte.

Das Bemerkenswerte an der deutschen Propaganda ist, dass es hier keine Zensur gibt (nur Menschen, die nicht zu Talkshows eingeladen werden). Die nahezu einhellige Kampagne der Medien gegen Kanzler Scholz wegen seiner „Zögerlichkeit“, schwere Waffen zu liefern (in dem Wissen, dass uns das einer direkten Kriegsbeteiligung mit verheerenden Folgen immer näherbringt), wurde nicht von „oben“ befohlen, sondern von „unten“ angefeuert.

All das nehmen wir zwar wahr – aber kaum als Propaganda. Das heißt: Sie funktioniert, weil sie als solche nicht erkannt wird. Vielleicht nicht einmal von denen, die sie verbreiten. Schauen Sie sich die beiden Putin-Karikaturen vorn an. Die eine setzt ihn über die Mischung der Gesichter mit Stalin gleich, die andere bringt ihn in Verbindung mit Hitler (immer eine wirkungsvolle Konnotation). Beide stammen aus den ersten Tagen des Krieges. Die Bilder reduzieren den Krieg Russlands gegen die Ukraine auf die Person Putin, dämonisieren ihn oder machen ihn lächerlich, vergleichen Größenordnungen von Verbrechen, die doch andere Dimensionen haben.

Man kann einem Grafiker nicht in den Kopf schauen, warum er solche Bilder macht. Normalerweise. In diesem Fall aber funktioniert das, weil sie von mir selbst stammen. Niemand hat sie in Auftrag gegeben, niemand mich gar dazu gezwungen. Doch sie greifen auf vertrautes Propaganda-Repertoire zurück. Sie waren Ausdruck hilfloser Wut und Trauer angesichts der Bilder vom Leiden der Menschen, tiefer Enttäuschung über die unverhohlene Lüge, man habe nicht vor, in die Ukraine einzudringen (der ich geglaubt hatte; wer würde sich schon vor aller Welt als Lügner bloßstellen wollen?), der Angst vor einem Atomkrieg, zermürbender Hilflosigkeit angesichts der Tatsache, dass es in einem Krieg nur die Wahl zwischen unterschiedlich falschen Entscheidungen gibt; Verbitterung, dass eine Großmacht zum Mittel einer brutalen Invasion bei einem „Brudervolk“ greift – auch darüber, dass die für Klimaschutz so dringend nötigen Milliarden in aller Welt

nun in die Aufrüstung gesteckt werden, dass Millionen Hunger droht; Konfrontation statt Kooperation.

Mit ähnlichen Worten wie Graf Lambsdorff die Ostermarschierer kritisierte Daniel Hornuff in der *Zeit* radikalen Skeptizismus: Er sei „die pseudokritische, scheindemokratische Maskierung eines autokratischen Interesses“. Manche seiner Argumente sind klug und nachvollziehbar; das genannte Zitat freilich, das den Artikel einleitet, entlarvt auch seinen Text als Propaganda. „Ein nicht radikalisiertes Skeptizismus hingegen deutet das fehlende Wissen als Aufgabe.“ Genau! Aber offensichtlich darf dabei nicht herauskommen, dass wir es hier wie dort mit Propaganda zu tun haben.

Der Begriff „Skeptizismus“ wurde durch sogenannte „Corona-Skeptiker“ massiv entwertet. Doch je tiefer ich mich in die Problematik eingearbeitet habe, umso mehr Zweifel kamen mir, angemessene und unangemessene. Steht Selenskyj wirklich mit seinem Handy vor dem Regierungsgebäude in Kiew oder in einem Studio mit Green Screen? Warum wird immer derselbe zerstörte Häuserblock in Kiew gezeigt, derselbe ausgebrannte Panzer?

Wirklich peinigend wurden meine Zweifel mit den Bildern und Berichten aus Butscha. Zuerst blankes Entsetzen! Später der Versuch einer Einordnung in den Propaganda-Kontext: Ich erinnerte mich an die in Kuwait angeblich aus ihren Brutkästen gerissenen Säuglinge, von irakischen Soldaten brutal ermordet – was sich als erfundene Kampagne einer US-PR-Agentur mit Schauspielern herausstellte. An die Inszenierung von Fotografien toter Kinder durch die libanesisische Hisbollah 2006.

Dann die kaum bekannten Meldungen aus Schweizer Medien, es könne sich in Butscha um Menschen handeln, die russi-

scher Sympathien wegen gefoltert und ermordet wurden. Satellitenfotos als Beweismisstrauere ich nicht erst seit Saddams „Massenvernichtungswaffen“, sondern auch in professioneller Kenntnis von Bildmanipulationen. Und wenn (wahrscheinlich, aber unbewiesen) Russen die Täter waren – brutale Soldaten im Alleingang oder mit Auftrag beziehungsweise Duldung von oben? Die Beschäftigung mit der Geschichte lehrt zudem: Die Aufarbeitung des Massakers 1940 an Tausenden Polen in Katyn auf Befehl der KPdSU war einer der größten internationalen Propagandaerfolge von Goebbels. Er legte höchsten Wert auf unabhängige Gutachter aus dem Ausland. Wie man es auch betrachtet, wer immer verantwortlich ist und unabhängig von der Abscheu vor diesem Verbrechen: Die Leichen und Massengräber waren von erheblichem Nutzen für die ukrainische Propaganda.

Angesichts von Medien, die einseitig berichten, von durchschauter und nicht durchschauter Propaganda auf allen Seiten, von Halbwahrheiten, Fälschungen und Manipulationen, ist radikaler Skeptizismus zwar keine wünschenswerte, aber eine nachvollziehbare Reaktion, die gewiss keine pauschale Diffamierung als „Maskierung eines autokratischen Interesses“ verdient. In einigen Jahren – falls es uns dann noch gibt –, wird sich diese Haltung zur Norm entwickelt haben; Deep Fakes mit Videos, in denen Politiker scheinbar etwas sagen oder beliebige Szenen gezeigt werden, kann dann jeder ohne große Vorkenntnisse am eigenen Computer produzieren und verbreiten. Die einen werden sie glauben – die anderen sie durchschauen, aber angesichts fehlender Unterscheidungsmöglichkeiten gar nichts mehr glauben. Die Glaubwürdigkeit von Medien wird zur bloßen Entscheidungsfrage. Was letztlich im Interesse antidemokratischer Manipulatoren ist.

Übrigens, die mögliche Anfälligkeit für Propaganda und Halbwahrheiten habe ich mit einem kleinen Experiment in diesem Text versteckt. Sie erinnern sich an das schreckliche „Putin-Zitat“ am Beginn des Beitrags: „Der Gegner muss wirklich ein total zerstörtes und verbranntes Land vorfinden.“? Aber hatte ich geschrieben, es stamme von Putin? Oder es sei aktuell? Und was sind „wahre Absichten“, wenn Wahrheit die Übereinstimmung einer Aussage mit der Wirklichkeit ist? Die zitierten Sätze betreffen zwar tatsächlich die Ukraine, aber gesagt hat sie im September 1943 Heinrich Himmler. ■

Angesichts von durchschauter
und nicht durchschauter
Propaganda auf allen Seiten,
von Halbwahrheiten,
Fälschungen und Manipulationen,
ist radikaler
Skeptizismus zwar keine
wünschenswerte, aber eine
nachvollziehbare Reaktion.

Satellitenjournalismus: Recherchen aus dem All

Von Gunter Becker

Dass Journalisten ihre Recherchen und Geschichten auf Satellitenmaterial aufbauen, ist kein neuer Trend. Infolge des Ukraine-Kriegs könnte satellite journalism aber zu einer Mainstream-Anwendung werden. Wo man entsprechendes Material herbeikommt, wie man es nutzen kann und welche Fallstricke damit verbunden sind, erläutern zwei Fachleute.

Wenn später einmal die Geschichte des Ukraine-Krieges in Bildern erzählt werden wird, dann werden diese Aufnahmen mit Sicherheit dabei sein: ein endlos langer russischer Militärkonvoi, der sich auf Kiew zubewegt, fotografiert von einem Satelliten der Firma Maxar Technologies.

Die Bilder sind omnipräsent. Sie dienen Experten in der Prime Time zur Analyse der russischen Aufmarschpläne, bebildern Headlines im Print, tauchen als Hintergrundgrafik in den Talkshows auf und prägen, neben den Handyfilmen aus den ukrainischen Städten, unser Bild von diesem Krieg.

Spätestens diese breite Aufmerksamkeit macht Satellitenaufnahmen zunehmend zur interessanten Quelle, sowohl für die Tagesarbeit als auch für umfangreiche, große Rechercheprojekte. Doch woher bekommen Presseangehörige solches Material und zu welchen Konditionen? Wie arbeitet man damit und worauf muss man achten?

Marcus Pfeil, Journalist und Medienunternehmer, hat langjährige Erfahrung in diesem Bereich. Er selbst verwendet allerdings, anstelle von Satellitenjournalismus, lieber die Begriffe Remote Sensing oder Fernerkundungs-Analyse. „Im Grunde ist das eine Teildisziplin von Open Source Intelligence (OSINT). Es geht dabei um Recherchen, die das Netz und neue Technologien nutzen. Und dazu gehört neben der um-

fassenden Analyse von Social Media auch die Analyse von Satelliten- und Radardaten“, sagt Pfeil. Eingesetzt hat er Sensoren und GPS unter anderem bei der preisgekrönten Datenjournalismus-Produktion „Superkühe“ – und beim GPS-Projekt „Was passiert mit meinem Schrottfernseher?“

Bei Letzterem, einer – wenn man so will: satellitengestützten – Reportage für den NDR und DIE ZEIT, hatte Pfeil 2013 die Reise entsorgter TV-Geräte mittels GPS-Sender verfolgt, bis zu den Schrottplätzen in Ghana. „Dort basteln dann Kinder das Kupfer aus dem Elektroschrott. Durch die giftigen Dämpfe haben die oft nur eine Lebenserwartung von etwa 25 Jahren“, erinnert sich der Investigativjournalist. Mithilfe des GPS-Trackings hatten er und sein Team damals zeigen können, dass bis zu 13 Parteien an einem alten TV-Gerät mitverdienen, bevor es von ihm und seinen Mitarbeitern im Norden von Ghana für 100 Dollar zurückgekauft wurde.

Satellitenbilder: Recherche mit Abstand

Inzwischen liefern mehr als 4000 Satelliten Daten aus dem All, zu fallenden Preisen oder sogar kostenfrei. „Was früher James Bond oder den Geheimdiensten vorbehalten war, können und sollen nun auch Journalisten oder NGOs nutzen können“, freut sich der Medienunternehmer. Trotzdem sei die journalistische Verwendung des Materials im Detail durchaus noch recht komplex. Daher möchte er mit seinem neuen Start-up *Vertical52* zukünftig journalistisch Tätige bei ihrer Arbeit mit Satellitenmaterial unterstützen. Nach wie vor will er aber auch selbst Recherchen durchführen, Geschichten veröffentlichen und Fortbildungen anbieten.

Für führend auf dem Gebiet der Satelliten- und Remote-Recherche hält Pfeil die Kolleginnen und Kollegen von der Rechercheplattform *Bellingcat*. Das ist ein unabhängiges Investigativ-Netzwerk, das sich als Non-Profit-Organisation durch Spen-

den, Stiftungsförderungen und Workshops für journalistisch Tätige finanziert. Im Unterschied zu *Vertical52* ist *Bellingcat* aber kein Dienstleister für Journalisten. Zudem sei man, so Johanna Wild, Team Lead Tech bei *Bellingcat*, „potenziell eher überbeschäftigt“, aber trotzdem offen für Kooperationen und gemeinsame Projekte.

Auch Wild nutzt bei ihren Open-Source-Recherchen Satellitenbilder: „Ich komme eigentlich aus dem Lokaljournalismus und habe dann mehrere Jahre lang journalistisch in Konflikt- und Post-Konflikt-Gebieten gearbeitet. Das hat mich zu Open-Source-Recherchen geführt, weil man – aus Sicherheits- oder Budgetgründen – ja oft nicht physisch an solche Orte gelangen kann.“ Sie beobachtet, dass journalistisch zwar immer öfter mit Satellitenbildern experimentiert wird, diese dann aber doch oft nur zu Dekorationszwecken eingesetzt werden, etwa als zusätzliches Bildmaterial. „Die Bilder werden dann nicht wirklich analysiert und erklärt und spielen keine tragende Rolle. Da wird oft Potenzial verschenkt – und das ist schade“, bedauert sie.

Viele Herausforderungen

Bei der sach- und fachgerechten Nutzung von Satellitenbildern stellen sich einige inhaltliche und technische Herausforderungen – besonders für Neulinge.

Anders als eine klassische Recherche bleiben Geschichten, die rein auf Satellitenmaterial aufbauen und ohne ground research, also die Verifizierung unten vor Ort, auskommen müssen, mit einem Rest Unsicherheit behaftet. Das sieht auch Marcus Pfeil so und räumt ein: „Man gelangt zwar per Remote Sensing an schwer zugängliche Orte, etwa nach Nordkorea oder ins Umfeld eines chinesischen Zwangslagers für Uiguren, aber es bleibt immer ein Restrisiko, dass falsche Schlüsse gezogen werden.“

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich bei der technischen Beurteilung der Daten. Weil es sehr viele verschiedene Satelliten gibt,

funktionieren auch deren Aufzeichnungsverfahren unterschiedlich. Das betrifft unter anderem die Frequenz und Taktung der Aufnahmen, also die Häufigkeit, in der der Satellit am Zielgebiet vorbeikommt. Das betrifft aber auch die Auflösung der Bilder.

Johanna Wild von *Bellingcat* glaubt, dass man sowohl sehr komplex als auch sehr einfach mit Satellitenmaterial arbeiten kann, und nennt Beispiele für beide Vorgehensweisen.

Komplex könne es werden, wenn, wie in der Umweltberichterstattung, mit verschiedenen Indizes, Bandkombinationen und Filtern gearbeitet wird. So lassen sich zum Beispiel die Verläufe verschiedener Vegetationstypen nachverfolgen und analysieren oder die wechselnden Feuchtigkeits- und Trockenheitsgrade einer Umgebung.

Man kann beim Einsatz von Satellitenmaterial aber auch einfacher vorgehen, etwa bei der sogenannten Geolocation – ein auch bei *Bellingcat* oft angewendetes Verfahren. Dabei sucht man zunächst im Internet oder in den sozialen Medien gezielt nach Fotos und Videos zu bestimmten Ereignissen und Themen. Diese überprüft man dann auf Details, die sich besonders gut von oben, aus der Satellitenperspektive, erkennen lassen. Das können Gebäude, Straßen, sogar Markierungen auf Straßen sein. „Wir ziehen dann die Satellitenaufnahmen hinzu, um diese Details darin wiederzuerkennen. So kann man Orte identifizieren und Zusammenhänge verifizieren. Dabei geht es oft um Vorgänge in Konfliktgebieten, jetzt etwa im Ukraine-Krieg“, schildert Wild.

Die Quellen der Bilder – von kostenlos bis teuer

Welche Quellen stehen zu welchen Konditionen zur Verfügung? Ist der Einsatz von Satellitenaufnahmen per se ein Kostentreiber für ein journalistisches Projekt?

Als Non-Profit-Organisation verfügt auch *Bellingcat* nicht über große Etats. Deshalb nutzt das Netzwerk, wo immer möglich, frei zugängliche Satellitenbilder. Wichtigstes Instrument sei Google Earth pro, das Endnutzer inzwischen komplett kostenfrei auf den Computer laden können. „Die Lösung beinhaltet oft relativ gut aufgelöste Satellitenbilder von fast allen Orten der Welt. Zu größeren Städten gibt es meist auch aktuelleres Bildmaterial. Aber man muss natürlich mit den Aufnahmen arbeiten, die da sind, und die werden nicht gerade wöchentlich aktualisiert“, räumt Johanna Wild ein. Trotz des knappen Budgets

hat *Bellingcat* nun erstmals ein Abo für Satellitenbilder erworben, und zwar bei Planet Labs, einem Unternehmen, das selbst Satelliten betreibt und diese für seine Kunden an bestimmte Orte schickt.

Wer eher in der Umweltberichterstattung unterwegs ist und zum Beispiel Aufnahmen von sich ändernden Wasserständen in Seen und Flüssen oder von der Ausdehnung bestimmter Wälder braucht, der ist bei Sentinel Hub gut aufgehoben. Sentinel ist eine Initiative der europäischen Weltraumbehörde ESA, die darüber Aufnahmen des Kopernikus-Satelliten anbietet. Dort werden jede Woche neue kostenfreie Aufnahmen bereitgestellt. Allerdings sei die Auflösung bei allen Bildern relativ niedrig, berichtet Wild. Noch spezieller ist das Angebot von Global Forest Watch. Auch dort lassen sich kostenfrei Bilder und sogar Analysen zur Entwicklung des globalen Waldbestandes abrufen.

Zu besonderen Anlässen, wie jetzt zum Ukraine-Krieg, stellen einige Unternehmen auch anlassbezogenes kostenfreies Material auf ihre Websites. Was aber tun, wenn man ganz bestimmte Bilder für sehr spezielle Recherchen benötigt? Das kann dann allerdings wirklich sehr schnell sehr teuer werden; Preise von bis zu 1.000 Euro pro Bild oder mehr seien dann nicht selten, räumt Wild ein. Sie empfiehlt Presseangehörigen in solchen Fällen, die jeweiligen Anbieterfirmen anzuschreiben und auf die journalistische Nutzung des Bildes hinzuweisen. Es gäbe Firmen, die das Material in diesem Sonderfall kostenfrei abgeben. „Die Firma Planet Labs etwa hat einen Ansprechpartner für solche Fälle“, weiß die Recherche-Spezialistin.

Der Einstieg für Neulinge

Wie können Journalisten niedrighschwellig in die Arbeit mit Satellitenmaterial einsteigen? Grundsätzlich plädiert Johanna Wild dafür, Satellitenbilder möglichst vielfältig einzusetzen. Das heißt: nicht nur bei großen, internationalen, investigativen Geschichten aus Kriegs- und Krisengebieten, sondern auch bei kleineren lokaljournalistischen Projekten.

„Lokaljournalisten könnten sich zunächst einmal Material zu ihrem Berichtsgebiet ansehen, etwa zu einem lokalen Bauprojekt, über das man vor Ort gar nicht so viele Informationen bekommen konnte“, empfiehlt Wild. Anhand des Materials könne man dann Entwicklungen über die Dauer mehrerer Jahre verfolgen. Typisch sind Fra-

gestellungen wie etwa: Wo wurden Bäume gefällt? Vielleicht mehr als ursprünglich angekündigt? Wo entstanden neue Gebäudeteile? Wie hat sich das Gelände insgesamt entwickelt? Man solle dann auch einmal einen Abgleich mit den ursprünglichen Bauplänen vornehmen, um mögliche Abweichungen feststellen zu können. So könne man niedrighschwellig in die Arbeit mit Satellitenmaterial einsteigen, oft mit Bildern, für die man nicht zahlen muss, und ohne allzu viel Zeit aufwenden zu müssen.

Johanna Wild ist Open-Source-Journalistin und leitet beim Recherchenetzwerk *Bellingcat* das Investigative Tech Team. Ihr Team ist auf datenintensive Recherchen spezialisiert und entwickelt Tools für die Online-Recherche, zum Teil auch gemeinsam mit Freiwilligen aus der Tech-Community. Twitter: @Johanna_Wild

Marcus Pfeil ist Redakteur, Autor und Reporter, u. a. beim *Handelsblatt*, bei der *ZEIT* und bei der *Berliner Zeitung*, sowie Medienunternehmer mit *Vertical52* und *Chapter One*. Er war an technologisch gestützten Recherchen und Geschichten beteiligt, wie etwa der preisgekrönten Datenjournalismus-Produktion *Superkühe*, oder dem GPS-Projekt *Die GPS-Jagd! Was passiert mit meinem Schrottfemseher?* ■■



Foto: Eberhard Kehrer

Gunter Becker, Jahrgang 1962, schreibt seit Beginn der 90er Jahre für Tageszeitungen, Stadt- und Fachmagazine, darunter *Der Tagesspiegel*, die *taz*, die *Berliner Zeitung*, *Film & TV Kamera*, *ZOOM* und *Menschen Machen Medien*. Er hat in Mannheim und Frankfurt a. M. Soziologie, Politik und Amerikanistik studiert und dann das Bremer Bürgerfernsehen betreut. Becker interessiert sich seit langem für die digitalen Transformationen der Medien und befasst sich unter anderem mit den Themen Technik, neue Formate und Inhalte, Finanzierung und die sozialen und ökologischen Folgen.

Fassaden nachträglich illuminieren

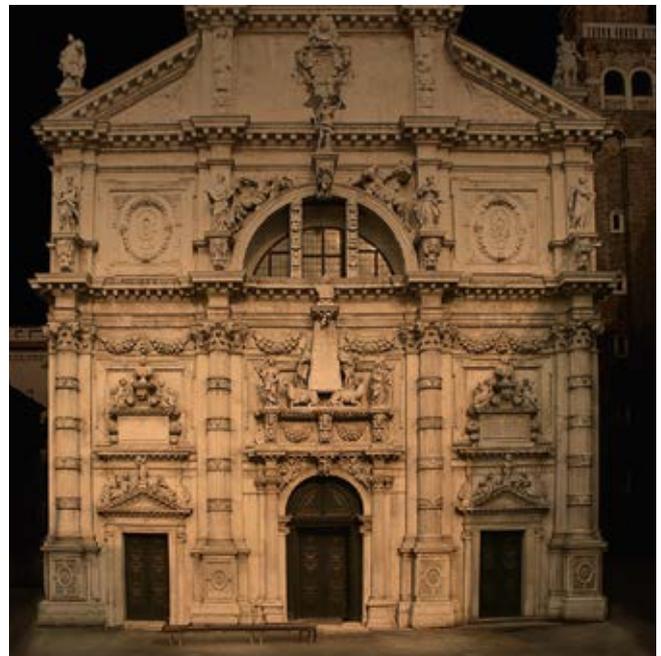
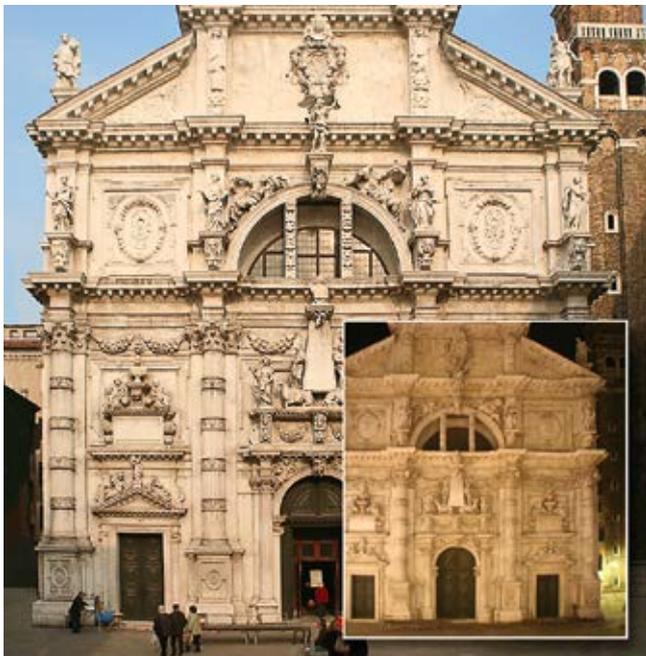
In der aktuellen Ausgabe gibt es für unsere Leser wieder eine Sprechstunde mit dem Photoshop-Experten für digitale Bildbearbeitung Doc Baumann. Diesmal geht es darum, Fassaden nachträglich zu illuminieren. Arbeitsmaterialien finden Sie unter: www.docma.info/22376

FRAGE:

Lieber Doc Baumann, da es in meiner Umgebung wenige angestrahlte Gebäude gibt, möchte ich ein bisschen mit „Lichttechnik“ nachhelfen. Lassen sich solche Fassaden halbwegs realistisch nachträglich illuminieren? Und wie ist das, wenn die Strahler das Gebäude von unten anstrahlen? In einer realen Welt würden da lange Schatten entstehen, die berücksichtigt werden müssten. Liebe Grüße, Jo Steinmetz



Foto: Doc Baumann

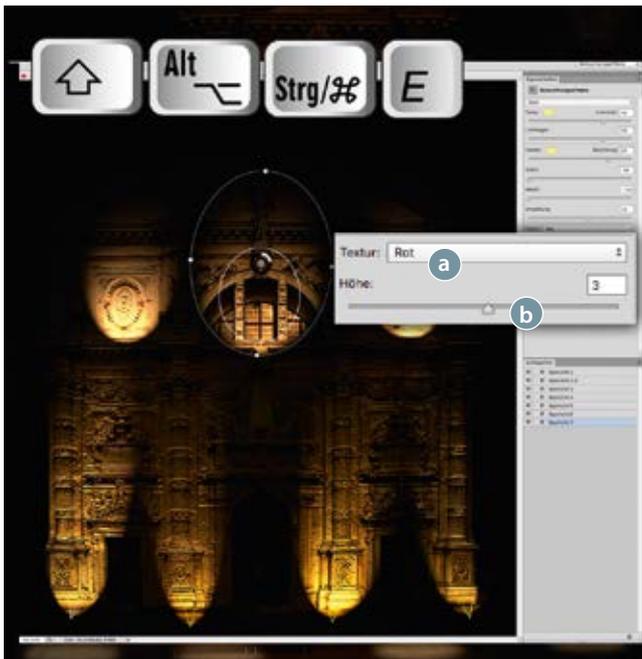


01 Fassade bei Tageslicht

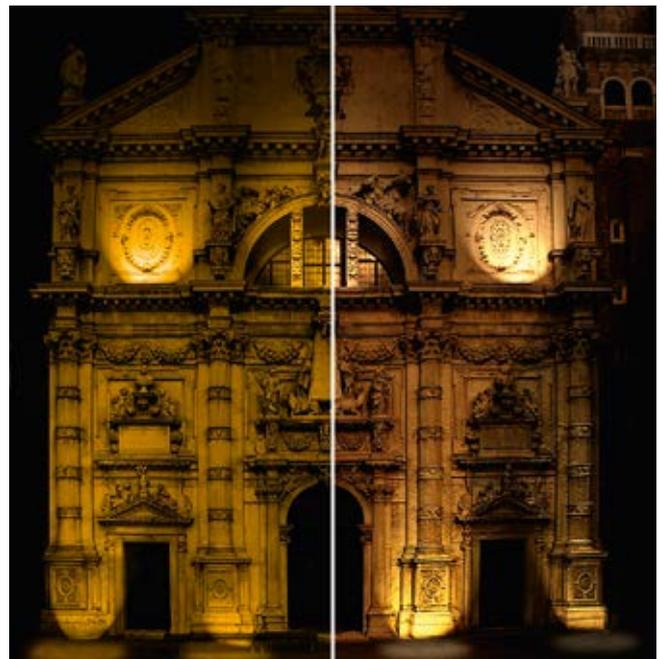
Da Photoshop kein 3D-Programm ist, gibt es natürlich auch keine echten Informationen über die Tiefenerstreckung einer Fassade. Man kann das höchstens simulieren – oder sehr viel Handarbeit investieren. Ich zeige das im Folgenden am Beispiel der Kirche San Moisè in Venedig, die ich am Tag und bei Nacht fotografiert habe. Die Nachtbeleuchtung rechts ist zwar recht homogen, aber sie bietet eine Vorstellung der gewünschten Lichtstimmung.

02 Vorbereitung des Tageslicht-Fotos

Nach der Retusche der Personen im Vordergrund, der seitlichen Gebäude und der Schwärzung des Himmels habe ich zunächst im oberen Drittel eine Ebene mit einem Verlauf von schwarz zu transparent eingezogen. Dann kamen zwei Einstellungsebenen hinzu: eine vom Typ „Fotofilter“, um das Bild leicht gelb-orange zu tonen, eine weitere für eine »Tonwertkorrektur« zum Abdunkeln. Diese Einstellungen wurden nach weiteren Schritten modifiziert.



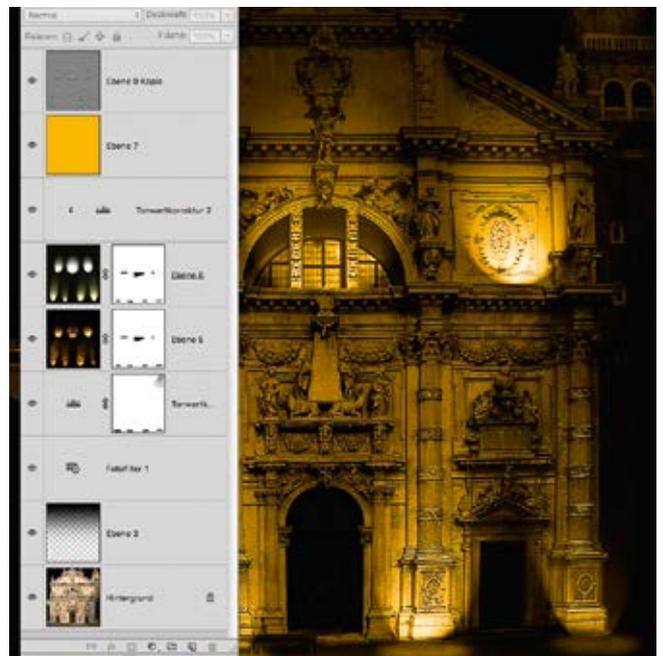
03 Renderfilter »Beleuchtungseffekte«
Duplizieren Sie alle sichtbaren Ebenen mit dem Tastaturbefehl „Shift-, Alt-, Strg/Befehl-E“ auf eine neue Ebene. Wenden Sie „Renderfilter > Beleuchtungseffekte“ an. Legen Sie die nötigen Strahler an und sichern Sie diese Einstellung. Um nun den gewünschten Schattenwurf zu simulieren, geben Sie unter „Textur“ einen geeigneten Farbkanal an (a) und legen eine zum Bild passende „Höhe“ fest (b). Das erzeugt ein beleuchtungsabhängiges Relief.



04 Strahler erneut flach verwenden
Die linke Bildhälfte zeigt die Beleuchtung ohne, die rechte mit aktivierter „Textur“ des Reliefkanals. Wollen Sie die Beleuchtung verstärken, ohne dass die hellen Lichter ausfressen, legen Sie eine neue, neutralgrau gefüllte Ebene an und wenden die zuvor gesicherten „Beleuchtungseffekte“ darauf erneut an. Diesmal deaktivieren Sie allerdings den Textur-Kanal. Setzen Sie die Ebene auf „Negativ multiplizieren“ und regeln Sie ihre „Deckkraft“.



05 Licht und Schatten
Verglichen mit dem Einsatz der „Beleuchtungseffekte“ ohne Reliefkanal verhilft dessen Aktivierung bereits zu einer plastischeren Erscheinung der Fassade. Dabei werden natürlich alle Kontrastkanten gleich behandelt und lange Schlagschatten von weit vorstehenden Bauelementen gibt es nicht. Reicht Ihnen der erzielte Effekt nicht aus, bleibt nichts anderes übrig, als solche Schatten per Hand einzumalen – falls Sie die Fassade nicht in 3D nachbauen wollen ...



06 Relief verstärken
Bereits die Aktivierung eines Farbkanals als Reliefkanal sorgt bei Einsatz der „Beleuchtungseffekte“ ja dafür, dass Kontrastkanten aufgehellt werden, die zur Lichtquelle ausgerichtet sind, und der Bereich „hinter“ ihnen abgedunkelt wird. Um das zu verstärken, können Sie ergänzend „Stilisierungsfiler > Relief“ anwenden. Weil dabei jeder Kontrast berücksichtigt wird, sollten Sie die Ebene mit „Matter machen“ filtern, damit glattere Flächen nicht zu unruhig erscheinen. ■■

Im Trend: Tröten statt Zwitschern



Grafik: Pixabay

Multimilliardär Elon Musk wollte gern das Twitter-Vögelchen von seinen „Zwitscher-Fesseln“ befreien

VON ANDREW WEBER

Wird Elon Musk nun der oberste Zwitscherer? Der Chef der Voliere? Es bleibt spannend, denn der Multimilliardär liebt es, mit tausenden von Millionen zu jonglieren. Ob man selbst allerdings bei dem Vogelzirkus mitmachen will, muss jeder für sich entscheiden. Alternativen gäbe es. Schon mal von Mastodon gehört?

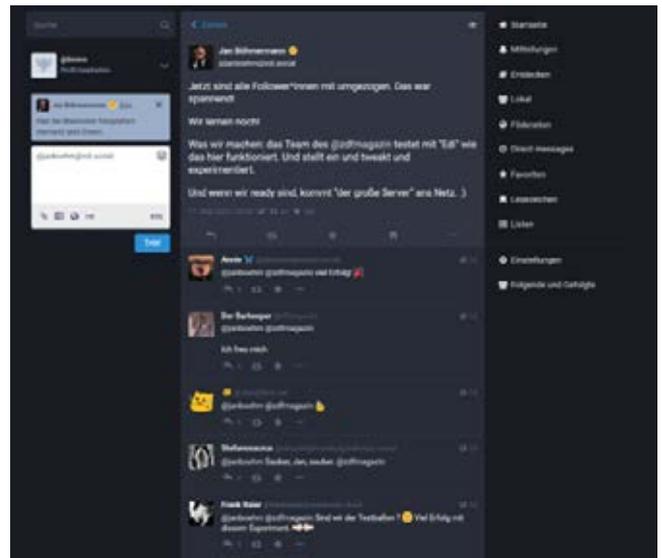
Mission almost completed: Der an Geld reichste Mann der Welt, der Wahl-Amerikaner Elon Musk, hat sich sehr öffentlichkeitswirksam für den Kurznachrichtendienst Twitter interessiert. Musk bot am 14. April 2022 an, Twitter zu kaufen, und das Unternehmen nahm sein Angebot am 25. April an. Der Deal sollte zunächst noch von den Aktionären und den Behörden genehmigt werden – dann zog am 13. Mai Musk selbst die – vorläufige – Notbremse. Er wolle zunächst die Anzahl an Fake-Accounts prüfen, hieß es. Die Börse reagierte sofort, der Aktienkurs fiel ordentlich. Absicht? Möglich. So richtig betrifft es uns ja auch nicht, und ob Twitter nun Musk oder jemand anderem gehört, man gewöhnt sich an alles. So wie einst an die Fake-News-Behauptungen des insgesamt weniger reichen US-Amerikaners Donald Trump. Der auf Twitter gesperrte Ex-Präsident sollte dann auch, so verkündete es Musk in offener Vorfremde schon kurz, nachdem die Aktionäre den Deal willig prüften, bald wieder sein Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben dürfen. So sagte Musk, die Entscheidung, Trump zu verbannen, sei „moralisch falsch und einfach nur dumm“¹. Was auf den ersten Blick konsequent und selbstverständlich klingt, ist jedoch eine eher US-amerikanische Eigenheit, die in Europa im Einzelfall womöglich strafbar wäre: Das Recht auf Free Speech schließt in den Vereinigten Staaten auch das Recht auf die Verbreitung von Fake News ein. Und wenn es nur bedeutet, dass alle anderen Meldungen erfundene Nachrichten sind und nur man selbst im Besitz der absoluten Wahrheit ist. Auch das ist Amerika. Aber warum zum Henker will jemand ein lediglich 280 Zeichen zwitscherndes Vögelchen kaufen, das in den vergangenen 16 Jahren erst zweimal schwarze Zahlen geschrieben hat und das im Vergleich zu seinen Mitbewerbern geradezu winzig ist? 330 Millionen aktive Nutzer kann der Mikroblogging-Dienst aktuell vorweisen. Facebook hat weltweit 2,7 Milliarden Mitglieder. Und selbst das bei überwiegend jungen weiblichen Usern beliebte TikTok kommt auf eine Milliarde Anwender. Warum also das Interesse an Twitter? Abge-

sehen davon, dass der Kauf womöglich sein Ego streichelt, ist Twitter der „News-Aggregator“ schlechthin, der am meisten zitiert wird. Oder wann haben Sie zuletzt davon gehört, dass ein Prominenter etwas auf TikTok exklusiv verkündete? Schon bei Facebook muss man suchen. Politiker, Schauspieler, Musiker und andere Medienpromis, Aktivisten, Unternehmer und selbst NGOs zwitschern auf Twitter, und die Journaille flötet es begierig weiter. Aber dafür 44 Milliarden US-Dollar bezahlen? Nun ja, „bezahlen“ ist ein großes Wort. 12 Milliarden US-Dollar Kredit wollte er dafür aufnehmen, abgesichert über Tesla-Aktien. Es sind auch ein paar Investoren mit an Bord, die die finanzielle Last des Elon Reeve Musk lindern könnten, sofern der Kauf zustande kommt. Der saudische Prinz Alwaleed bin Talal hat bereits zugesagt, seine bisherige Beteiligung von 1,9 Milliarden US-Dollar mit einzubringen. Auch Larry Ellison (Ex Oracle) wäre mit 500 Millionen US-Dollar beim Spiel dabei. Nicht zu vergessen der Risikokapitalgeber Sequoia (800 Millionen) oder die Kryptowährungsbörse Binance (500 Millionen) und ein paar andere. Weitere Investoren würden bzw. werden gewonnen werden, darauf kann man sich bei dem Sohn eines ehemaligen Smaragdminenbesitzers verlassen. Schließlich soll er mit seinem Bruder Kimbal als Teenager einst Edelsteine in der 5th Avenue an Tiffanys verkauft haben². Es heißt, Musk wolle bei Twitter als CEO mitmischen und den Umsatz bis 2028 verfünffachen. Sein Twitter sollte ein Abo-Modell beinhalten, und die Userzahlen sollten bis auf rund eine Milliarde steigen. Ihm ist alles zuzutrauen, das Kaufmännische liegt ihm offenbar im Blut, und mit Twitter kennt er sich aus. Auch wenn er dazu Nachhilfe brauchte. So verfügte die US-Börsenaufsicht nach mehreren Ausfälligkeiten, dass Musk jeden Tweet, den er zu veröffentlichen wünscht, zuvor einem „Twitter-Sitter“ vorlegen muss – wenn er etwas über Tesla zwitschern will. Seine 86 Millionen Follower hat das bisher nicht gestört. Musk selbst ist bei Kritik jedoch zuweilen etwas dünnhäutig und für seine ablehnende Haltung gegenüber Journalisten bekannt. Mitarbeitern des ZDF und anderen Pressevertretern, die sich vorher durch eine kritische Berichterstattung unbeliebt gemacht hatten, wurde etwa die Akkreditierung zur Eröffnung des Tesla-Werks in Brandenburg kurzerhand nicht erteilt. Hinweis: Eine Presseabteilung gibt es bei Tesla nicht, der Chef höchstpersönlich hat sie abgeschafft.

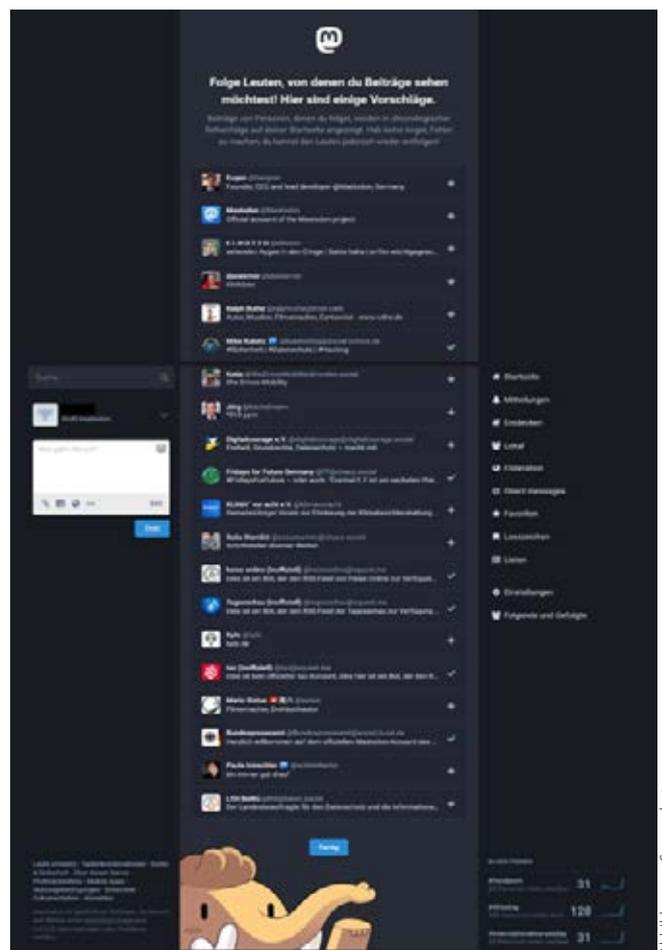
Doch in Europa werden sich die rechtlichen Anforderungen für Plattformen wie Twitter ändern. Sofern es Elon Musk noch nicht bekannt ist, könnte er bald spüren, dass auf dem alten Kontinent andere, neue Regeln gelten. Ende April 2022 hat die Europäische Union

den „Digital Services Act (DSA)“¹ verabschiedet. Mit dessen Hilfe soll es leichter sein, illegale Inhalte schnellstmöglich löschen zu lassen. So müssen Onlineplattformen in Zukunft nach dem DSA definierte Meldeverfahren für Hinweise auf zum Beispiel Volksverhetzung oder Terroraufruf ermöglichen. Diese sind unverzüglich zu prüfen und im Einzelfall kommt es möglicherweise zu Sperrungen. Reine Meinungsäußerungen fallen im Übrigen nicht unter den DSA. Für Twitter in Europa ist der Datenschutzbeauftragte des Unternehmens in Dublin zuständig. Inwieweit hier Verstöße gegen den DSA konsequent verfolgt und umgesetzt werden, wird sich zeigen müssen.

Aber wer sagt denn, dass Mikroblogging nur mit einem an kommerziellen Interessen ausgerichteten Unternehmen funktioniert? Keiner, richtig. Doch die Alternativen? Gibt es. Am interessantesten dürfte derzeit Mastodon sein. Mastodon ist Teil der Idee vom Fediverse, einem Netzwerk, das allen gehören soll. Das Fediverse ist als eine Art Struktur zu verstehen, an der sich Programmierer zur Umsetzung orientieren können. Erdacht wurde Mastodon von dem Jenaer Softwareentwickler Eugen Rochko und ist seit 2016 als Mikroblogging-Dienst bisher eher im Stillen aktiv. Mastodon, der Name wirkt etwas unglücklich gewählt, ist/war ein Urzeitelefant aus der Familie der Mammuts, daher wird auf Mastodon auch getrötet und nicht gezwitschert. Das Teilen oder Verbreiten von Nachrichten nennt sich „Boots“ (Twitter: Retweets); tauschen User Kurznachrichten direkt untereinander aus, spricht man von „Toots“ (Twitter: Tweets). Anders als bei Twitter dürfen bei Mastodon bis zu 500 Zeichen gesetzt werden. Insgesamt sind derzeit knapp über fünf Millionen Nutzer bei Mastodon, seit der angekündigten Twitter-Übernahme durch Elon Musk steigen die Zahlen. Der Showmaster Jan Böhmermann ist mittlerweile dort zu finden ebenso wie der Wetterexperte Jörg Kachelmann und selbst das Bundespresseamt ist auf Mastodon vertreten. Natürlich auch die taz oder Fridays for Future. Elon Musk ist nicht dabei, Markus Söder übrigens auch (noch) nicht. Was macht Mastodon also anders? Zunächst einmal ist Mastodon nicht für eine Kapitalvermehrung geeignet, denn die Mikroblogging-Plattform ist nicht nur kostenlos und werbefrei, sondern auch rein spendenfinanziert. Mastodon läuft dezentral, heißt, nicht auf einem Server, sondern vielen verschiedenen voneinander unabhängigen Servern. Die Timeline ist chronologisch, sodass Nachrichten tagesaktuell angezeigt werden können. Zudem ist diese nicht von Algorithmen beeinflusst, die den User künstlich lange auf der Plattform bleiben lässt. Das heißt, nicht der Betreiber legt die Timeline fest, sondern der User. Das ist fast wie früher, als das Internet noch frei von jeglicher Manipulation war. Wer je auf YouTube nach den Anschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001 gesucht hat, weiß, welchen Krebs die YouTube-Algorithmen dort erzeugen und dass man schneller, als man klicken kann, auf irgendwelchen Seiten von Verschwörungstheoretikern landet. Jeder User kann sein eigenes Mastodon auf einem Server installieren und öffentlich zugänglich machen. Diese Gruppen nennen sich „Instanzen“. Jeder „Tröter“ sieht dementsprechend zwei Timelines – die aus seiner aktuellen Gruppe und zusätzlich die „föderale“ Timeline, die das komplette Mastodon abbildet. Klingt komplizierter als es ist und hat den entscheidenden Vorteil, dass der dezentrale Dienst weder verkauft werden noch in Konkurs gehen kann – zudem können Regierungen diesen nicht vollständig blockieren. Das ist sogar ausgesprochen zeitgemäß und sogar ein klitzekleines bisschen in Musks Sinne. ■■



Der Entertainer Jan Böhmermann ist zu Mastodon gezogen. Die Fanbase ist durchaus angetan



Nach der Anmeldung bei Mastodon erscheinen Vorschläge von Leuten, denen man bei Mastodon folgen könnte. Hier etwa der Wetterexperte Jörg Kachelmann und sogar das Bundespresseamt

Abbildungen: Screenshot

¹ <https://twitter.com/elonmusk/status/1519036983137509376>

² <https://www.businessinsider.co.za/elon-musk-sells-the-family-emeralds-in-new-york-2018-2>

³ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/digital-services-act-package>

Richtig finanzieren für Gründer und Medienschaffende

Wer gibt mir Geld für mein Vorhaben?

Von Walther Bruckschen

Wer sich als Medienschaffender auf eigene Beine stellen will, braucht unter Umständen etwas Startkapital: für die Ausstattung des eigenen Büros sind ein paar Möbel nötig, vielleicht ein neuer Computer oder Laptop, Office-Softwareprogramme, eine Profikamera, Schneidesoftware, einen Firmenwagen oder eine teure Fortbildung. Wenn man alles zusammenzählt, stößt man oft an die Grenzen dessen, was die Ersparnisse hergeben.

Geld von „Family & Friends“

Zunächst ist es sicher sinnvoll, sich in seinem Freundes- und Bekanntenkreis (und bei der reichen Tante oder den Großeltern) umzuhören, wer bereit ist, etwas Geld vorzustrecken, damit die Selbstständigkeit ans Laufen kommt. Die Kreditwürdigkeit bei diesen Quellen beruht auf Vertrauen, das sich über viele Jahre aufgebaut hat. Wer solche Quellen nicht hat, oder falls diese nicht in genügendem Maße zur notwendigen Investition beitragen können, muss sich über eine Bankfinanzierung Gedanken machen.

Kontokorrent und Förderkredite

Geht es nur um vergleichsweise kleine Beträge, genügt vielleicht der Überziehungskredit (Kontokorrent-Kredit) der Hausbank, bei größeren Investitionen können unter Umständen geförderte Kredite (beispielsweise ein ERP-Gründerkredit, das sogenannte StartGeld) in Frage kommen. Auch dieses beantragt man über eine Geschäftsbank – also in den überwiegenden Fällen über die Hausbank, bei der man schon bekannt ist.

Wie kreditwürdig bin ich?

Auch, wenn man bereits als Angestellter 20 Jahre lang brav seine Rechnungen über sein Konto bei der örtlichen Sparkasse be-

Fünf Tipps für das Bankgespräch

1. Gut vorbereitet sein

Je genauer Sie bereits wissen, wie hoch Ihr Kreditbedarf ist und wie Sie sich eine Schuldentilgung vorstellen, desto besser sind die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bankgespräch.

Idealerweise haben Sie bereits einen ausführlichen Finanzplan aufgestellt, damit Sie wissen, wie hoch Ihr tatsächlicher Kreditbedarf ist. Die Laufzeit eines Kredits bemisst sich an der „Lebensdauer“ der finanzierten Sache. Bei Gründungen geht man üblicherweise von 8 bis 10 Jahren Laufzeit aus. Im Finanzplan sollten Sie Ihre regelmäßigen Ausgaben aufführen, um eine mögliche Ratenhöhe für die Rückzahlung ermitteln zu können. Ein Puffer für unvorhergesehene Ausgaben ist ratsam.

Für einen Gründerkredit wird in den allermeisten Fällen ein Businessplan nötig sein. Hierfür lohnt sich eventuell, die Hilfe eines Profis, sprich Gründungsberater, in Anspruch zu nehmen.

2. Einen positiven Eindruck hinterlassen

Wie immer ist auch im Bankgespräch der erste Eindruck entscheidend. Angemessene Kleidung und ein höfliches und souveränes Auftreten sind Pflicht.

3. Alle wichtigen Unterlagen parat haben

Folgende Unterlagen sind besonders wichtig:

- Business- und Finanzplan
- Nachweis des Eigenkapitals und Vermögensaufstellung
- mögliche Sicherheiten
- SCHUFA-Auskunft
- Personalausweis oder Reisepass
- Auflistung laufender Kredite

- Auflistung möglicher Unterhaltszahlungen
- Nachweise über Mieteinkünfte und andere Einkommen (außerhalb der Gründung)
- Aktuelle Versicherungspolice
- Falls schon eine Selbstständigkeit besteht/bestand: Einkommensteuer-Bescheide der letzten zwei Jahre bzw. Einkommen-Überschuss-Rechnungen für die Geschäftsjahre, für die noch kein Steuerbescheid vorliegt.

Idealerweise fragen Sie Ihre Bank, welche Dokumente noch benötigt werden.

4. Vertrauen aufbauen

Die Bank, die Ihnen einen Kredit gewährt, muss darauf vertrauen, dass das Darlehen auch zurückgezahlt wird. Seien Sie deshalb von Anfang an ehrlich, was Ihre finanziellen Möglichkeiten betrifft. Das gilt auch dann, wenn Sie den Kredit bereits in der Tasche haben – und sich wichtige Rahmenbedingungen für Sie verändert haben.

5. Kredit rechtzeitig beantragen

Gründer machen oft den Fehler, dass sie erst mit Eigenmitteln finanzieren – und dann feststellen, dass sie doch einen Kredit benötigen. Besser ist es, sich gleich zu Beginn des Vorhabens Gedanken über die langfristige Finanzierung zu machen und rechtzeitig ein Kreditgespräch zu planen. Bedenken Sie dabei auch, dass es durchaus etwas länger dauern kann, bis Sie das Geld nach dem Kreditgespräch und der Kreditvergabe auf dem Konto haben.

Bei einem Förderkredit ist es auch sehr wichtig, dass Sie das zu finanzierende Vorhaben noch nicht begonnen haben, da sonst die Förderung entfällt.



Foto: Credit Commerce

Für eine erfolgreiche Gründung braucht es manchmal auch Geld von der Bank. Eine gute Vorbereitung auf Kreditgespräche ist hier sehr hilfreich

zahlt hat, bedeutet das noch nicht, dass man nun im Falle einer Existenzgründung automatisch auch einen Kredit bekommt. Vielmehr ist es vielleicht sogar so, dass ein bestehender Kontokorrent-Kredit (also die vereinbarte mögliche Überziehung des Kontos) reduziert oder gar gekündigt wird. Das liegt vor allem daran, dass die Bank das Risiko einer gerade gestarteten Selbstständigkeit höher bewertet als das Angestelltenverhältnis zuvor. Und als Gründer haben Sie keine „Historie“ Ihres Geschäftes, d. h. Sie können nicht nachweisen, dass Ihr Geschäft auch wirklich tragfähig ist. Sollten Sie dann einmal zwei Jahre erfolgreich gewirtschaftet haben und Ihre Steuererklärung einen Jahresgewinn ausweisen, ist ein Überziehungskredit oder auch ein Investitionskredit für die meisten Banken kein Problem mehr ...

Gute Planung zahlt sich aus

Die Banken möchten sicher sein, dass sie ihr Geld, das sie Ihnen leihen, auch zurückbekommen. Ein erster Schritt ist es, einen Businessplan vorzulegen, der auf realistischen Annahmen beruht. Förderkredite machen es den Banken leichter, ins Risiko zu gehen, übernimmt dabei die KfW doch einen Großteil der Haftung für einen Zahlungsausfall. Sollte sich Ihre Hausbank oder Sparkasse mit diesen Förderkrediten schwertun, können Sie auch ein anderes Geldinstitut kontaktieren. Bedenken Sie dabei jedoch,

dass dieses Sie eventuell kritischer durchleuchtet, weil es Sie nicht kennt.

Erste Hürde: Schufa-Auskunft

Egal ob Hausbank oder eine andere Geschäftsbank (oder auch der Vermieter Ihres ersten Büros), eine erste Hürde müssen Sie in jedem Fall nehmen: Sie brauchen eine positive Schufa-Auskunft. Die Schufa Holding AG ist eine privatwirtschaftlich organisierte deutsche Wirtschaftsauskunftei. Bei ihr können sich die Banken nach Ihrer Bonität (Kreditwürdigkeit) erkundigen. Aus Ihrem Verhalten in der Vergangenheit wird auf Ihre wirtschaftliche Rückzahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit geschlossen. Lastschriftrückgaben etwa (auch wenn es sich nur um kleine Beträge wie den monatlichen Handy-Vertrag handelt) führen zu einem schlechten Schufa-Wert – der Kunde wird deshalb also keinen Kredit erhalten.

Wissen, wie kreditwürdig ich bin

Da das Schufa-Scoring ein entscheidendes Kriterium für die Vergabe eines Kredites ist, empfiehlt es sich, die Möglichkeit, Auskunft über die bei einem Unternehmen über sich gespeicherten Daten zu erhalten, zu nutzen. Dieses Recht steht jeder Person nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu – einmal pro Jahr sogar kostenlos. Diese „Selbstauskunft nach § 34 BDSG“ kann über die Seite www.meineschufa.de angefordert werden. Dies sollten Sie bereits

rechtzeitig vor Beantragung eines Kredites tun, um im Zweifel gegen unrichtige Angaben der Schufa vorgehen zu können – oder um Ihre Kreditanforderung noch einmal zu überdenken, bevor Ihnen die Bank eine Absage erteilt. ■■



Walther Bruckschen (Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert. Er betreut seit Januar 2013 federführend die Gründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.

Mein gutes Recht im Journalismus – Teil 1

Von Olaf Kretzschmar

Es nervt! Der Abgabetermin für den aktuellen Beitrag rückt immer näher, und noch immer hat der Bürgermeister der Akkreditierung zur nächsten wichtigen Pressekonferenz nicht zugestimmt. Behörden antworten auf Anfragen nicht und wichtige Informanten drohen abzuspringen, weil sie Schreiben der Staatsanwaltschaft erhalten haben.

Als ob der Alltag für Journalisten nicht längst hektisch genug wäre, stellen sich immer Schwierigkeiten im Arbeitsalltag ein, bei denen gesetzlich geregelte Ansprüche helfen können, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Sonderrechte für Journalisten sind vom Gesetzgeber in den Landespressegesetzen (LPG), Landesmediengesetzen (LMG) und den Rundfunkstaatsverträgen (RStV) vorgesehene Sonderregelungen, die Berichterstattern ihren Arbeitseinsatz vereinfachen sollen. Von LPG über RStV werden für Journalisten in Ausübung ihrer Pressefreiheit Rechte eingeräumt, die ihnen eine freie journalistische Tätigkeit ermöglichen sollen.

Da Informationen das zentrale Gut journalistischer Arbeit darstellen, zählen hierzu das Recht auf Auskunft von Behörden und das Recht auf Zugang zu staatlichen Veranstaltungen und Tatorten. Besonders geschützt sind durch die Zivil- und Strafprozessordnung die Quellen eines Journalisten, durch welche er ansonsten schwer zugängliche Informationen gelangt. Man spricht vom sogenannten Quellenschutz.

Sonderrechte für Journalisten

Sonderrechte für Journalisten sind, entsprechend der Kompetenzverteilung in Bezug auf Gesetzgebung aus der Verfassung, durch die jeweiligen Gesetze der einzelnen Bundesländer geregelt, die Landespresse-

gesetze. Die Einräumung dieser Sonderrechte erfolgt einzig und allein zur Erleichterung der Beschaffung von Informationen. So haben Journalisten ein

- Auskunftsrecht gegenüber Behörden,
- ein Recht auf Zugang zu Veranstaltungen im Allgemeinen und staatlichen Veranstaltungen im Besonderen,
- einen Anspruch den Schutz ihrer Informationsquellen, sowie
- bestimmte Privilegien im Hinblick auf den Datenschutz nach der Datenschutz-Grundverordnung.

Dabei ist in allen Landespressegesetzen festgelegt, dass die Pressetätigkeit einschließlich der Errichtung eines Verlagsunternehmens oder eines sonstigen Betriebes des Pressegewerbes nicht von irgendeiner Zulassung abhängig gemacht werden darf. Journalist ist jeder, der journalistisch tätig ist. Punkt!

Was sagt denn das höchste deutsche Verwaltungsgericht dazu?

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich im Jahr 2019 in einem Urteil (BVerwG Urteil v. 21.03.2019 – 7 C 26/17, NJW 2019, 2715ff.) mit der Frage der anspruchsberechtigten Personen auseinandergesetzt. Die Ansprüche aus den Landespressegesetzen, Landesmediengesetzen und Rundfunkstaatsverträgen bestehen einzig und allein für „Vertreter der Presse“. Wer also kann sich darauf berufen, Pressevertreter zu sein?

Dazu hat das Bundesverwaltungsgericht geurteilt, dass den jeweiligen Landesgesetzgebern bei der Bestimmung des Kreises der nach den jeweiligen Landespressegesetzen anspruchsberechtigten „Vertretern der Presse“ kein Ausgestaltungsspielraum zusteht. Grundsätzlich müssen alle, die sich in ihrer Eigenschaft als publizistisch Tätige auf die Pressefreiheit berufen können, in den Genuss der Ansprüche kommen. Die erforderliche Konkretisierung der Anspruchsberechtigten nach dem Landespressegesetz erschöpft sich somit darin, die verfassungs-

rechtlichen Vorgaben des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG nachzuzeichnen, ohne dabei den Kreis der Grundrechtsträger zu verengen. Anderenfalls schließe die Verweigerung von Teilhabe und Leistung in eine Behinderung der Grundrechtsausübung um (vgl. Degenhart, in: Bonner Kommentar zum GG, Stand Juli 2017, Art. 5 Abs. 1 und 2 GG Rn. 75; vgl. Chr. Starck/A.L. Paulus, in: von Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. I, 7. Aufl. 2018, Art. 5 Rn. 146). Ein Ausgestaltungsspielraum besteht nur hinsichtlich der Gewichtung und des Austarierens der widerstreitenden Interessen bei der Formulierung von Versagungsgründen (vgl. BVerwG, Urteile vom 20. Februar 2013 – 6 A 2.12 – BVerwGE 146, 56 Rn. 27 und vom 27. November 2013 – 6 A 5.13 – Buchholz 402.71 BNVG Nr. 3 Rn. 22).

Publizistisch tätig, d. h. Vertreter der Presse ist nur, wer deren Funktion wahrnimmt. Von der Maßgeblichkeit dieses Funktionsbezugs für die Konkretisierung der Anspruchsberechtigten ist zutreffend auch der Verwaltungsgerichtshof ausgegangen. Dies belegt sein Hinweis darauf, dass § 4 Abs. 1 LPresseG BW der Presse einen Auskunftsanspruch nur zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe (§ 3 LPresseG BW) vermittelt. Die einfachgesetzlich in den §§ 3 f. LPresseG BW geregelte Funktionsbindung des Auskunftsanspruchs ist der Sache nach bereits im Grundgesetz selbst angelegt, denn die öffentliche Aufgabe ist gleichbedeutend mit der vom Gewährleistungsauftrag des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG erfassten Funktion der Presse für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess. Sie ist in diesem Sinne nur Umschreibung der verfassungsrechtlich gewährleisteten Informations- und Kommunikationsfunktion der Presse und hat keinen eigenständigen normativen Gehalt. Grund, Inhalt und Grenzen der öffentlichen Aufgabe der Presse sind somit wesentlich verfassungsrechtlich geprägt (vgl. Cornils, in: Löffler, Presserecht, 6. Aufl. 2015, § 3 Rn. 20, 26 und 31). Der Funktionsbezug als meinungsneutrales Diffe-

renzierungskriterium für die Begründung presserechtlicher Auskunftsansprüche vermeidet die Gefahr einer inhaltlichen Einflussnahme auf einzelne Presseerzeugnisse oder auf den publizistischen Wettbewerb (vgl. BVerfG, Beschluss vom 6. Juni 1989 – 1 BvR 727/84 – BVerfGE 80, 124 <135 f.>).

Ob der erforderliche Funktionsbezug vorliegt, hängt von den jeweiligen Einzelfallumständen ab; das schließt typisierende Bewertungen nicht aus. Entgegen der Auffassung der Klägerin hätte der Verwaltungsgerichtshof einen Funktionsbezug nicht schon deshalb annehmen müssen, weil sie mit dem „Auftragsvergabemonitor“ ein Druckerzeugnis herausgibt. Zwar knüpft der Schutz der Pressefreiheit nach Maßgabe des weiten und formalen Pressebegriffs an das sächliche Substrat einer Publikation in gedruckter und zur Verbreitung geeigneter und bestimmter Form an. Damit hat es aber nicht sein Bewenden. Denn vorausgesetzt wird darüber hinaus in inhaltlicher Hinsicht, dass die Publikation am Kommunikationsprozess zur Ermöglichung freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung teilnimmt (vgl. BVerfG, Beschluss vom 8. Oktober 1996 – 1 BvR 1183/90 – BVerfGE 95, 28 <35>).

Entscheidend ist eine eindeutige Verknüpfung zwischen Tätigkeit und publizistischem Zweck. Es begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, insoweit darauf abzustellen, welche Tätigkeit das Unternehmen prägt und wofür die begehrten Ansprüche, etwa auf Auskunft, verwendet werden (sollen). Eine solche Ausrichtung am prägenden Unternehmenszweck ist in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zwar bisher ausdrücklich nur für die staatliche Subventionierung von Presseerzeugnissen mithilfe des sogenannten Postzeitungsdienstes anerkannt worden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 6. Juni 1989 – 1 BvR 727/84 – BVerfGE 80, 124 <134 f.>).

Ansprüche aus den Landespressegesetzen knüpfen sämtlich an die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe der Presse an. Dieser verfassungsrechtlich begründete Funktionsbezug verhindert ein zweckwidriges Ausufern des Kreises der Anspruchsberechtigten.

Die einfachgesetzlich geregelten Presseprivilegien sind Ausfluss der Pressefreiheit und stellen die Presse bei der Erfüllung ihrer in Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG sowie Art. 10 Abs. 1 Satz 2 EMRK und Art. 11 Abs. 1 GRC zuerkannten und garantierten Aufgaben von der Einhaltung der Datenschutzvorschriften weitgehend frei, weil diese auf die

Verwendung personenbezogener Daten zwingend angewiesen ist. Journalistische Arbeit wäre nicht möglich, wenn Daten eben nicht auch ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden dürften (vgl. BVerfG, Beschluss vom 29. Oktober 2015 – 1 B 32.15 – Rn. 5; BGH, Urteile vom 23. Juni 2009 – VI ZR 196/08 – BGHZ 181, 328 Rn. 20 und vom 9. Februar 2010 – VI ZR 243/08 – AfP 2010, 162 Rn. 26).

Aufgrund seiner Verankerung in Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG findet das Presseprivileg nur auf solche Tätigkeiten Anwendung, die der Erfüllung der verfassungsrechtlich (gewährleisteten) Aufgaben der Presse dienen; maßgeblich ist der Zweck der Publikation (vgl. BGH, Urteile vom 9. Februar 2010 – VI ZR 243/08 – AfP 2010, 162 Rn. 28 und vom 1. Februar 2011 – VI ZR 345/09 – AfP 2011, 172 Rn. 26). Die meinungsbildende Wirkung für die Allgemeinheit – auch einer Fachöffentlichkeit – muss prägender Bestandteil und nicht nur schmückendes Beiwerk sein (BGH, Urteil vom 23. Juni 2009 – VI ZR 196/08 – BGHZ 181, 328 Rn. 21 m.w.N.). Eine Gewinnerzielungsabsicht schließt einen „journalistischen“ Zweck nicht aus; der publizistische Zweck der Äußerung und Verbreitung von Meinungen und Informationen darf aber nicht außerpublizistischen Geschäftszwecken untergeordnet sein (vgl. BVerfG, Beschluss vom 6. Juni 1989 – 1 BvR 727/84 – BVerfGE 80, 124 <134 f.>; Westphal, in: Taeger/Gabel, DSGVO/BDSG, 3. Aufl. 2019, Art. 85 DSGVO Rn. 14).

Werden danach sowohl der Auskunftsanspruch als auch das Presseprivileg vom verfassungsrechtlich begründeten Funktionsbezug der Tätigkeit der Presse geprägt, begegnet es keinen Bedenken, zur Beschreibung der inhaltlichen Vorgaben einer publizistischen Tätigkeit auf die Rechtsprechung zu dem in § 12 LPresseG BW a.F. (und § 57 RStV a.F.) verwendeten Begriff „journalistisch-redaktionelle Zwecke“ zurückzugreifen. Damit wird lediglich der Funktionsbezug nochmals hervorgehoben und durch die Verdeutlichung des Pressebegriffs der – auch datenschutzrechtliche – Grund ihrer Sonderstellung illustriert.

Ob das Erfordernis, die publizistischen Aktivitäten in einem organisatorisch eigenständigen Bereich zu konzentrieren bzw. dorthin auszugliedern, ungeachtet dessen bei Wirtschaftsunternehmen zumindest als Beleg für die Ernsthaftigkeit der pressemäßigen Betätigung dienen könnte, kann offenbleiben. Zwar mag der Schluss, ein Druckerzeugnis stelle nur schmückendes Beiwerk für außerpublizistische Zwecke dar,

dann nicht mehr gerechtfertigt sein, wenn das betreffende Unternehmen nachweisen kann, dass es den organisatorischen Aufwand, den ansonsten ein eigenständiges Presseunternehmen verlangt, nicht scheut.

Welches Maß an Aufbereitung bzw. Bearbeitung von Daten für die Anerkennung eines journalistisch-redaktionellen Zwecks im Sinne von § 12 LPresseG BW (und der entsprechenden Regelung in § 57 RStV) im Einzelnen erforderlich ist, bedarf keiner abschließenden Klärung. Insbesondere kann dahinstehen, ob eine journalistische Tätigkeit immer zugleich redaktionell ist und dieser Begriff vor allem auf die Auswahl und Zusammenstellung von Informationen nach ihrer gesellschaftlichen Relevanz zielt (vgl. dazu etwa Held, in: Binder/Vesting, Rundfunkrecht, 4. Aufl. 2018, § 54 RStV Rn. 15; Lent, ZUM 2013, 914 <915 f.> Schulz/Heilmann, in: Löffler, Presserecht, 6. Aufl. 2015, BT Mediendatenschutz Rn. 34 f.; Micklitz/Schirmbacher, in: Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien, 3. Aufl. 2015 § 55 RStV Rn. 15 f.; Smid, in: Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien, 3. Aufl. 2015, § 54 RStV Rn. 7). Das Angebot muss nach Inhalt und Verbreitungsart jedenfalls dazu bestimmt und geeignet sein, zur öffentlichen Kommunikation und Meinungsbildung beizutragen (vgl. Smid a.a.O. § 54 Rn. 6; Micklitz/Schirmbacher a.a.O. § 55 Rn. 16).

In der kommenden Ausgabe drucken wir den zweiten Teil des Überblicks ab. Dort werden alle Ansprüche auf einklagbare Rechte erläutert. ■■



Olaf Kretzschmar ist der Spezialist für Medien- und Presserecht im Journalistenzentrum Deutschland. Er steht den Mitgliedern von DPV und bdfj auch innerhalb der kostenfreien Rechtsberatung für Fragen zur Verfügung. Der Journalist und Hausjustiziar verfasst im „Brennpunkt Recht“ regelmäßig Fachartikel.

Werbung im Netz ad absurdum geführt

Von Albrecht Ude

Würde Online-Werbung nur nerven – kein Problem, außer eben Generve. Aber sie ist ein System außer Kontrolle. Mit weitreichenden Folgen für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik. Und für Sie! (Disclaimer: Sollten Sie in einer Werbeagentur für Online-Werbung zuständig sein, könnte dieser Artikel Sie beunruhigen.)

Das kennt jeder: Man ruft eine Website auf ... und sieht als Erstes einen Kasten, der das überdeckt, was man eigentlich sehen will. Man wird gebeten, seine Zustimmung zur Nutzung von „Cookies“ zu geben. Das sind aber keine Kekse, wie der verharmlosende Begriff vorgaukelt, sondern digitale Wanzen. Es sind Tracker, mit denen der Nutzer einer Website beim Surfen im Netz beobachtet, verfolgt und sein Verhalten analysiert wird.

Oft wird dabei unterschieden zwischen „notwendigen“ Cookies, solchen für die Statistik, und denen von „externen Anbietern“. Dass man der Nutzung zustimmen muss, schreibt die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union als sogenannte informierte Einwilligung vor. Selbstverständlich ist die Frage berechtigt, weshalb andere als „notwendige“ Cookies überhaupt präsentiert werden.

Es wird alles Erdenkliche getan, um den Nutzer zur Zustimmung zu bringen. Um dann seine Daten umfassend nutzen und weiterverbreiten zu können, zu verkaufen also.

Diese Kästen sind Musterbeispiele des Übertölpelns der Nutzer. In ihre Gestaltung fließt viel Wissen über Psychologie, Webdesign und menschliche Wahrnehmung, damit Nutzer nach Möglichkeit den Button „Alles akzeptieren“ anklicken. Das geht auch am schnellsten, und schließlich will man ja nicht diesen Kasten lesen, sondern die Website, die er verdeckt. Wichtige Informationen werden im Fließtext versteckt, der gern in kontrastarmen Farben und kleinen Schriftgrößen daherkommt. Dazu kommen oft bewusst unverständliche Formulierungen. Und gern lange Listen, in denen alle Cookies detailliert

beschrieben werden, die man dann einzeln (!) deaktivieren muss. Das können (pro Website) mehrere hundert sein. Diese Gestaltung wird „Dark Patterns“ genannt, dunkle Muster. Manipulation ist das ehrlichere Wort dafür. Es wird alles Erdenkliche getan, um den Nutzer zur Zustimmung zu bringen. Um dann seine Daten umfassend nutzen und weiterverbreiten zu können, zu verkaufen also.

Dazu muss man wissen: „Notwendige“ Cookies gibt es gar nicht. Man kann Websites gänzlich ohne Cookies betreiben. Und etliche Cookies sind schlicht rechtswidrig, auch wenn man ihnen zustimmt. Die vom österreichischen Datenschutzaktivisten Max Schrems gegründete Initiative „None of Your Business“ (NOYB) hat in mehreren Kampagnen schon viele Firmen darauf hingewiesen, dass die von ihnen zur Anwendung gebrachten Cookies nicht legal sind, und Änderungen angemahnt; bei Untätigkeit folgte dann eine Abmahnung.

Wenn der Werbemarkt spioniert

Cookies werden benutzt, um Webbrowser und deren Nutzer wiederzuerkennen. Durch sie werden detaillierte Profile von Nutzern und ihren Interessen angelegt. Durch sie wird die „personalisierte“ Werbung erst möglich; die Nutzer werden gewissermaßen an die Werbetreibenden versteigert. Das entsprechende Verfahren nennt man in der Branche tatsächlich „Real Time Bidding“ – Bieten in Echtzeit.

Wenn jemand eine Website ansurft, schickt der Browser eine Anfrage (Request) an den entsprechenden Webserver, dabei werden die Cookies mit übermittelt. Das heißt, der Webserver weiß nicht nur, welche Website er ausliefern soll, sondern auch, an wen. Und in den Millisekunden zwischen der Anforderung der Website und deren Auslieferung findet eine Auktion statt: Anhand der Daten, die verschiedene Online-Werbefirmen gesammelt haben, werden die vermutlichen Interessen und Eigenschaften des Nutzers (zum Beispiel seine Kaufkraft) identifiziert. Andere Firmen können jetzt darum bieten, dieser Person die „passende“ Werbeanzeige einzublenden.

Cookies werden benutzt, um Webbrowser und deren Nutzer wiederzuerkennen. Durch sie werden detaillierte Profile von Nutzern und ihren Interessen angelegt.

den. Für Autokauf, Reiseangebote, Versicherungen, was auch immer. Die Firmen bieten umso mehr, je höher die Wahrscheinlichkeit ist, dass der Nutzer die Werbung auch tatsächlich anklickt, also eine Transaktion auslöst.

Während eine Website lädt, verdient ein komplexes, intransparentes Netz von Firmen Geld, deren Geschäftsmodell auf der Sammlung persönlicher Daten beruht. Dabei geht es um Centbeträge – das aber millionenfach pro Sekunde. Einige von den Werbe-Cents landen auch bei den Betreibern der Websites, auf denen die Werbung gezeigt wird; also auf den Seiten, die die Nutzer eigentlich interessieren, Medienseiten, Weblogs, kurz: echte Inhalte.

Wenn der Werbemarkt nicht funktioniert

Aber da steckt der Wurm drin: Während die weltweiten Werbeeinnahmen von Google und Facebook inzwischen mehr als 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr betragen, sind die Werbeeinnahmen von Nachrichtenorganisationen zwischen 2005 und 2018 um 70 Prozent zurückgegangen.

„Mit Tracking-Anzeigen haben sich Technologieunternehmen und Datenmakler als mächtige Mittelsmänner zwischen Werbetreibende und Verlage geschaltet und saugen einen Großteil jedes in Anzeigen investierten Euros ab. Der Guardian hat herausgefunden, dass in einigen Fällen 50 bis 70 Prozent der Werbeeinnahmen an diese Mittelsmänner verlorengehen“, so die Initiative „Tracking-Free Ads Coalition“, die von Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegründet wurde. Sie setzt sich dafür ein, der invasiven Online-Werbung durch eine Gesetzesreform ein Ende zu bereiten.

2016 musste Facebook zugeben, dass es Werbetreibenden erlaubt, Nutzer aufgrund ihrer „Rasse“ auszuwählen. 2017 fanden Forscher heraus, dass Facebook es erlaubte, bezahlte Inhalte auf Nutzer auszurichten, die Interesse an den Themen „Judenhasser“, „Wie man Juden verbrennt“ oder „Geschichte, warum Juden die Welt ruinieren“ bekundeten. Ein mächtiger Hebel, um antisemitische Botschaften zu verbreiten, solange man Facebook dafür bezahlt. Im April 2021 wurde bekannt, dass es Werbetreibenden erlaubte, Kinder anzusprechen, die sich für Rauchen, Alkohol und Abnehmen interessieren. Das Missbrauchspotenzial solcher trackingbasierter Werbung ist groß.

Seit 2020 läuft eine Klage von zehn US-Bundesstaaten gegen Google. Der Konzern missbrauche seine Marktmacht. Dieser sei sowohl Werbepattformbetreiber als auch Werbeanbieter und habe breiten Zugriff auf Nutzerdaten. So könne er Preise für Internetwerbung kontrollieren und Real Time Bidding manipulieren.

Um sich zu verteidigen, reichte der Konzern dem Gericht interne Dokumente ein. Dabei passierte allerdings ein folgenschwerer Fehler: Die eingereichten Papiere waren komplett ungeschwärzt und bestätigten die Vorwürfe der Anklage!

„Die Dokumente beschreiben, wie Google seit 2013 als Auktionsplattform seine Kenntnis von vorangegangenen Auktionen nutzt, um die voraussichtlich gerade ausreichenden Preise vorherzusagen. Damit konnten sie in ihrer zweiten Rolle als Werbevermittler aktu-

elle Anzeigenauktionen gewinnen, und zwar zu einem möglichst geringen Preis. An der Börse heißt so etwas Insiderhandel. Vermutet wurde diese Handlungsweise schon lange – nun steht es eben genau so in Googles eigenen Dokumenten“. So die Laudatio des deutschen BigBrotherAwards, der wegen dieser Praxis 2021 an Google vergeben wurde.

Einen großen Anteil an der Gewinnung von Nutzerdaten hat Googles Webbrowser „Chrome“, der mit einem Marktanteil von etwa 70 Prozent weltweit derzeit das meistgenutzte Programm zur Benutzung des WWW ist. Wie das genau funktioniert, zeigt die Comiczeichnerin und Datenschutz-Aktivistin Leah Elliott. Und zwar in Form eines Comics: In „Contra Chrome“ untersucht sie auf unterhaltsame und leicht verständliche Weise, wie Googles Browser im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zu einer Gefahr für Datenschutz und demokratische Prozesse wurde.

Wenn Werbung Fake News und Hate Speech finanziert

Zu dieser niederschmetternden Bestandsaufnahme des aktuellen Marktes für Online-Werbung kommt noch ein weiterer Aspekt: die Finanzierung von Fake News und Hate Speech.

Etwa 1300 deutsche Unternehmen, Ministerien und Parteien schalten ihre Werbung auf Websites, die offen falsche Nachrichten verbreiten oder zum Hass aufrufen. Jährlich gehen geschätzt 150 Millionen Euro von deutschen Unternehmen an solche Websites.

Diese Zahlen stammen von den Werbeexperten Thomas Koch und Michael Maurantonio. Die beiden haben die Kampagne „StopFundingHateNow“ ins Leben gerufen, ein Projekt der HOT AG Business Consulting aus Zürich. Sie identifizieren und kontaktieren Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz), die auf zwielichtigen Internetseiten Werbung schalten.

Koch führte kürzlich auf einer Veranstaltung der TU Dortmund aus, dass allerdings mehr als 80 Prozent der angesprochenen Unternehmen auf die Hinweise, in welchen Umfeldern sie derzeit werben, nicht reagierten. „Die Unternehmen wissen gar nicht mehr, wo sie werben“, sagte er.

Unternehmen wählen ihre Zielgruppen via Online-Dashboard aus und schicken ihre Werbemittel dann in die Auktionen.

StopFundingHateNow hat nach eigenen Angaben etwa 200 000 werbetragende Seiten analysiert, die Extremismus (links oder rechts), Diskriminierung (sexuelle Orientierung, Herkunft, Geschlecht, Religion), Pseudo-Wissenschaften, Verschwörungstheorien sowie Fake News und Desinformation verbreiten.

Marketing- und Kommunikationsabteilungen vieler Unternehmen befassen sich intensiv mit Themen, die modisch gern als #Brandsafety, #Brandvalues, #Brandsuitability bezeichnet werden. Die Pflege der Marke und des Images. Wenn Firmen aber Propaganda-Maschinen finanzieren, klingen solche Worte schnell hohl.

Dass Firmen überhaupt nicht mehr wissen, wo sie werben, liegt an der technischen Infrastruktur, die vor allem Google und Meta (der Facebook-Konzern) geschaffen haben. Unternehmen wählen ihre Zielgruppen via Online-Dashboard aus und schicken ihre Werbemit-



Lizenz: CC BY 3.0 DE

Illustration: www.patrick-breyer.de

- tel dann in die Auktionen. Eine wirkliche Kontrolle, wo ihre Werbung eingeblendet wird, hätten sie nicht.

Ein weiteres Problem ist der Anzeigenbetrug, „AdFraud“. Dabei werden Anzeigen abgerechnet, die aber gar nicht von Menschen gesehen oder geklickt wurden, sondern nur von Maschinen – „Bots“. Nach den Zahlen des US-amerikanischen Forschers Augustine Fou betrifft das in seinem Land etwa zwei Drittel (!) aller Anzeigen. Michael Maurantonio hat die Methoden von Fou übernommen und kommt für den deutschsprachigen Raum auf ähnlich hohe Zahlen. Hier bezahlen Unternehmen Werbegelder, die wirkungslos verpuffen. Augustine Fou vergleicht das mit einem Künstler, der unsichtbare Statuen verkauft.

Was tun?

Der Markt für Online-Werbung funktioniert nicht. Nicht für die Werbetreibenden, deren Gelder verpuffen, nicht für die Beworbenen, die dafür ausspioniert werden, nicht für seriöse Websites, die wertvolle Inhalte liefern und dringend Werbeeinnahmen benötigen.

Diese Art von Spionage muss aufhören. Dass Menschen permanent durchleuchtet werden, passt nicht zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Werbetreibende und speziell Medien müssen realisieren, dass dieser Markt nicht funktioniert und ihnen schadet. Sie sollten sich nicht von Google und Meta umgarnen lassen, sie brauchen Alternativen, mit denen sie selbst sicher steuern können, wohin ihre Werbegelder fließen.

Vor allem aber: Personalisierte Werbung muss weg! Ersatzlos. Sie kann durch kontextbasierte Werbeschaltungen ersetzt werden. Das könnte die Gewinne von Google und Meta senken. Es könnte etlichen Datenhandelsfirmen die Geschäftsgrundlage zertrümmern. Aber wen würde das stören?

Alle anderen wären die Gewinner. ■

Albrecht Ude

ist Journalist, Researcher und Recherche-Trainer. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte sind die Recherchemöglichkeiten im Internet. www.ude.de

Engagement – RückBLLENDE

August 2022

DPV und bdfj als Transferpartner für den Wissenschaftsbetrieb

Ob Semesterarbeit, Promotion oder Forschung: Im Wissenschaftsbetrieb werden regelmäßig Daten benötigt, die man über Umfragen erhält. Genau hier unterstützen die Berufsverbände des Journalistenzentrum Deutschland Wissenschaftler, Professoren und Studenten. Denn schon vor den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) war es schwierig, im Rahmen beispielsweise einer Umfrage massenhafte Kontakte zu Journalisten herzustellen. Spätestens seit Inkrafttreten der DSGVO ist es für den Wissenschaftsbetrieb kaum mehr möglich. DPV und bdfj können Forschung und Lehre dann gezielt unterstützen, wenn keine rein theoretische Dissertation geschrieben wird. Die Online-Umfrage sollte gut vorbereitet werden. Den Start macht eine gezielte Literaturrecherche. Wurden bereits Umfragen zu dem Forschungsthema durchgeführt, und welche Aspekte wurden dabei noch nicht beachtet? Das Erstellen des Fragebogens unterliegt den Partnern aus dem Wissenschaftsbetrieb – die Journalistenverbände machen hier keine Vorgaben. In Ausnahmefällen vermittelt das Journalistenzentrum Deutschland auch einzelne Gesprächspartner für eine persönliche Befragung.

Unterstützung bei der beruflichen Eigenständigkeit von Journalisten

Mittlerweile arbeitet mehr als die Hälfte der Medienschaffenden nicht mehr in einer Festanstellung, sondern auf eigene Rechnung. Der Trend zum selbstständigen „Medienunternehmer“ hält ungebrochen an. Ob freiwillig oder der Not (durch Verlust der Festanstellung) gehorchend: der Schritt in die berufliche Eigenständigkeit muss gut vorbereitet sein. Um erfolgreich selbstständig zu sein, braucht es Mut und Entschlossenheit. Viele „Anfängerfehler“ lassen sich mit guter Vorbereitung und Beratung vermeiden. Das Journalistenzentrum Deutschland möchte mit der Gründungsberatung dazu beitragen, Klarheit und Orientierung für die berufliche Eigenständigkeit zu finden. Zu Beginn der Selbstständigkeit – und auch noch lange danach – tauchen zahlreiche Fragen auf. Das Beratungsteam für die Mitglieder der Berufsverbände wird federführend geleitet von dem Medien- und Gründungsexperten Walther Bruckschen. Er kann als Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater auf seine langjährigen Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften, freiberuflicher Journalist, Agenturgründer

und Geschäftsführer sowie PR- und Marketing-Berater zurückgreifen. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich vor allem auf das Gründercoaching in der Medienbranche spezialisiert. Die Gründungsberatung findet telefonisch oder auch per Zoom-Videositzung statt. Denn im Videocall ist es erfahrungsgemäß häufig einfacher, miteinander in Kontakt zu kommen und die Lösung einer Frage umzusetzen. Die Gründungsberatung ist exklusiv für die Mitglieder von DPV und bdfj bestimmt und kostenfrei im Rahmen der Mitgliedschaft enthalten.

Juli 2022

Ausspähung von Journalisten erschweren

Auf den Tag genau ein Jahr nach den Enthüllungen über den massenhaften Einsatz der Spähsoftware Pegasus auch gegen Medienschaffende stellt Reporter ohne Grenzen (RSF) am 17. Juli sein neu gegründetes Digital Security Lab vor: ein digitalforensisches Labor, durch das den Gefahren der Online-Überwachung besser begegnet werden kann. Es richtet sich an Journalisten, die befürchten, dass ihr Telefon oder ihr Computer digital ausgespäht werden, mit einem Virus infiziert sind oder dass einer ihrer Accounts übernommen wurde. Prinzipiell können sich alle Journalisten an das Digital Security Lab wenden, die einen plausiblen Verdacht haben, aufgrund ihrer Arbeit online ausspioniert worden zu sein. Begründet ist die Sorge zum Beispiel, wenn eine Person ausgefeilte Phishing-Nachrichten erhalten hat. Weitere Verdachtsmomente sind unerklärliche Informationslecks oder allgemeine Repressionen durch einen autoritären Staat. Die Bedrohung ist potenziell umso größer, je mehr die journalistische Arbeit mächtigen und einflussreichen Menschen missfällt. Das Digital Security Lab ist ein internationales Projekt von Reporter ohne Grenzen. Hier werden die Endgeräte Medienschaffender auf Spuren bekannter Spähtechnologie geprüft. Viele Angreifer verwenden Phishing-Tricks, um Betroffene dazu zu bewegen, einen Link anzuklicken oder einen Anhang zu öffnen. Deshalb beginnt die Spurensuche etwa bei verdächtigen Nachrichten, um herauszufinden, ob sich dahinter Spyware verbirgt. Des Weiteren untersucht das Team installierte Programme und sichtet sonstige Datenspuren, die Hinweise auf zuvor ausgeführte Programme oder Aktivitäten geben. Zudem kann das Verhalten von Endgeräten Aufschluss geben, also zum Beispiel, welche Internetverbindungen von dem Gerät ausgehen. Durch Recherchen eines internationalen Medienverbands wurde vor einem Jahr bekannt, dass

Telefone von zehntausenden Politikern, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten potenziell durch die Spionage-Software Pegasus überwacht wurden. Reporter ohne Grenzen bietet Beratung bei speziellen Sicherheitsproblemen und einen Helpdesk, an den sich Medienschaffende hilfesuchend mit individuellen Problemen wenden können. Im Rahmen ihrer 3-Sterne-Mitgliedschaft bei RSF unterstützen die Berufsverbände DPV und bdfj das Digital Security Lab. Mit gezielten Maßnahmen wird die Überwachung von Journalisten und anderen Dritten bekämpft.

DPV und bdfj starten turnusmäßige Überprüfung der journalistischen Tätigkeit bei Inhabern eines Presseausweises

Bei dem Presseausweis der Journalistenverbände DPV und bdfj handelt es sich nicht um einen Mitgliedsausweis, sondern um ein Dokument, welches erst nach Verifizierung der Haupt- (DPV) beziehungsweise zweitberuflich journalistischen Tätigkeit ausgestellt wird. Dieses Verfahren dient der Sicherheit und der Akzeptanz im Interesse aller Inhaber eines Presseausweises. Die turnusmäßige Prüfung gemäß der internen „Arbeitsanweisung zum Prüfverfahren zur Anforderung aktueller Nachweise bei ausgestellten Presseausweisen“ ist aktuell gestartet. Die Ausstellung des Presseausweises ist kostenfrei im Rahmen der Mitgliedschaft enthalten. Bei allen Inhabern eines Presseausweises bedanken wir uns bereits jetzt für die Mithilfe.

Juni 2022

Gespräche mit Journalisten aus Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz

Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland reisen durch mehrere Länder, um von den Journalisten vor Ort direkten Zugang zu den Bedürfnissen unserer Branche zu bekommen. Besonders fällt dabei auf, dass die Nachwirkungen der Corona-Maßnahmen weiter anhalten. So finden insgesamt weniger Präsenz-Veranstaltungen statt, welche gerade für den Lokalredakteur eine wichtige Informationsquelle bedeuten. In mehreren Gesprächsrunden werden Anregungen erfasst, um speziell in den Bereichen Vergütung von Freiberuflern und Meinungsfreiheit das Engagement zu verstärken. ■■

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

Sie sind Journalist?



Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalisten**zentrum**
DEUTSCHLAND

DPV Deutscher
Presse
Verband

bdfj: bundesvereinigung
der fachjournalisten

Journalistenzentrum
Deutschland

Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg

Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de